

Einblick

MAGAZIN DER CDU-FRAKTION DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

AUSGABE 8



SICHERHEIT

Nachwuchs

So läuft die
Polizei-Ausbildung

Bodycam

Moderne Technik
für den Einsatz

Zellentüren

Hergestellt von
Sachsens Häftlingen

Sicherheit, die

Wortart: Substantiv, feminin

Wortherkunft: Abgeleitet vom lateinischen „sēcūrītās“, zurückgehend auf „sēcūrus“ „sorglos“, bezeichnet einen Zustand, der frei von unvermeidbaren Risiken ist oder als gefahrenfrei angesehen wird.

Definition

Sicherheit für den Menschen bezeichnet nicht nur objektive Gefahren- oder Risikofreiheit wie z.B. eine geschützte Unterbringung mit einer gewährleisteteten Versorgung aller Bedürfnisse, sondern auch die subjektive Empfindung der Geborgenheit, unabhängig davon, ob sie zutrifft. Dieses Gefühl kann einzelne Personen oder ganze Bevölkerungsgruppen einnehmen. (Quelle: Wikipedia)

Umsetzung

„Die Sächsische Union ist die Partei der Inneren Sicherheit. Die Aufgaben des Staates reichen hier von der Polizei, den Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz über Gesundheit und Pflege bis ins hohe Alter hinein – und umfassen ein gerecht ausgestaltetes System sozialer Absicherung.“

(Quelle: Regierungsprogramm der CDU Sachsen)



EDITORIAL

Das Thema Sicherheit ist für mich von herausgehobener Bedeutung. Als ich 2009 in den Landtag gewählt wurde, war schnell klar, dass ich meine Fachkompetenz als gelernter Polizist in die politische Arbeit der CDU-Fraktion einbringen werde – ab 2014 auch als Innenpolitischer Sprecher.

Als Vorsitzender der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages sind mir heute die Sorgen und Nöte all jener wichtig, die täglich für unsere Sicherheit sorgen – egal ob in der Polizei, bei der Feuerwehr, im

dass wir alle in größtmöglicher Sicherheit und Freiheit leben können.

Sicherheit hat im Bewusstsein der Sachen einen höheren Stellenwert erhalten. Sie wollen in einer sicheren Kommune und einem gewaltfreien Umfeld leben und arbeiten. Sie möchten sich darüber im Alltag keine Sorgen machen müssen. Ob sich Menschen sicher fühlen, ist mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor. Sicherheit ist ein wesentlicher Baustein für unternehmerische Tätigkeit und sorgt

Sicherheit ist Grundvoraussetzung unserer Freiheit und zentrales Versprechen des Staates.

Rettungsdienst oder im Katastrophenschutz. Für ihre Belange macht sich die CDU stark. Sie sind eine tragende Säule des gesellschaftlichen Lebens vor Ort. Sie sind da, wenn es brennt, packen an, wenn Hilfe gebraucht wird und sorgen dafür,

dafür, dass wir auch in Zukunft unseren Wohlstand erhalten können. Sie ist Grundvoraussetzung unserer Freiheit und zentrales Versprechen des Staates gegenüber seinen Bürgern.



Dieses Versprechen politisch einzulösen und mit den notwendigen Gesetzen zu untermauern, ist unsere Aufgabe. Sachsens neues Polizeigesetz trägt diesem Ansinnen Rechnung. Es wird mehr Sicherheit schaffen und unser aller Freiheit besser schützen.

Viel Spaß beim Lesen,

Ihr Christian Hartmann

Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages

INHALT

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 4 | Berufswunsch: Freund & Helfer
Wie die Polizisten von morgen ausgebildet werden | 30 | Häftlinge bauen Zellentüren
Ein Besuch in der Waldheimer Gefängniswerkstatt |
| 10 | Fluthelfer – gemeinsam stark
Rund um die Uhr im Kampf gegen das Wasser | 34 | Made im Gitterladen
Spielzeug und Räuchermännchen aus dem Knast |
| 12 | Interview mit Christian Hartmann
„So viel Staat wie nötig. So viel Freiheit wie möglich!“ | 36 | Mein Leben als Polizist
Bernd Merbitz geht nach 44 Jahren in den Ruhestand |
| 16 | Helfer in der Not
Als Notfallsanitäter bei den Maltesern | 40 | Klare Kante ist bei Urteilen wichtig
Richterin Eva-Maria Ast setzt auf Konsequenzen |
| 18 | Verlässliche Lebensretterin
Warum eine Frau seit zwanzig Jahren Blut spendet | 44 | Alles im Griff
Einblick in die Einsatzzentrale der Dresdner Polizei |
| 20 | Die Kids von der Feuerwehr
Wenn Achtjährige anderen Menschen helfen wollen | 46 | Wie schützen wir uns vor Gaunern im Netz
Rainer Wendt über Datensicherheit, Passwörter und Hate Speech |
| 22 | Ein Politiker in Helfer-Uniform
Über Jan Löfflers Einsatz bei der Feuerwehr | 48 | Tag und Nacht im Einsatz
Auf Streife mit Sachsens Autobahnpolizei |
| 24 | Ein Bürgermeister geht neue Wege
Kriminalitätsbekämpfung geht nur gemeinsam | 50 | Sicherheit im Alter
Über das Leben in einem Seniorenpark |
| 28 | Bodycams: Ab jetzt wird gefilmt
Wie Kameras vor brenzligen Situationen schützen | | |

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden, Telefon 0351 493-5555, Telefax 0351 493-5440, cduinfo@cdu-sachsen.de **Redaktion:** Christian Fischer (V.i.S.d.P.), Mario Dense, Peter Stawowy, Romina Stawowy, Elisabeth Montag, Stefanie Ahrens, Martin Wagner, Ulrike Polster **Fotos:** AdobeStock/ Bildgigant (Titel), AdobeStock_ARC Photography (2), Benjamin Jenak (4-9, 12-17, 20-37, 40-45, 54), AdobeStock/lettas (30), VanGore CC BY-SA 3.0 (33), Benjamin Weinkauff (38), DRK Muldentale (10), Daniel Scholz (19), AdobeStock/Oleksii (46), Stefan Zeitz/imago (47), Detlev Müller (48-53) **Layout, Satz:** STAWOWY, www.stawowy-online.de, Sebastian Tóth **Druck:** Druckerei Oskar Görner GmbH, Melanchthonstraße 1-7, 09126 Chemnitz **Veröffentlichung:** April 2019 **Diese Publikation dient der Information über die parlamentarische Arbeit der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages. Eine Verwendung für Parteienwerbung oder im Wahlkampf ist nicht zulässig.**

BERUFSWUNSCH:



Vier Polizei-Anwärter im ersten Lehrjahr, von links nach rechts: Jason Marx, Vanessa Spangenberg, Denny Schneider, Isabell Hommel.

FREUND & HELFER

Zwei Liegestütze hatten Denny Schneider 2011 für die Aufnahme an der Polizeischule gefehlt. Doch im vergangenen Herbst hat es doch noch mit dem Traumberuf geklappt. Heute ist er einer von 350 Anwärtern an der Chemnitzer Polizeifachschule. Wir durften ihn begleiten und einen Blick hinter die Kulissen werfen



Sport, Sport und nochmal Sport. Schließlich ist es für die spätere Polizeiarbeit unerlässlich, körperlich topfit zu sein. Egal ob klassisch in der Turnhalle, beim Schwimmtraining oder draußen im Gelände – hier werden die Grundlagen gelegt. Die Grundausbildung ist dabei für alle gleich, heißt: keine Unterschiede zwischen Bereitschaftspolizei oder Streifendienst.

Der CDU-Innenpolitiker Rico Anton erklärt: „Wir setzen den versprochenen Plan weiter um, bis zum Jahr 2024 insgesamt 1000 Polizisten mehr in Sachsen einzustellen. Unser Ziel ist es, die Präsenz der Polizei beim Bürger vor Ort zu stärken.“

Die Ausbildung ist anstrengend und herausfordernd zugleich: „Ich hätte nicht gedacht, dass mir die Schwimmeinheiten so schwerfallen“, sagt Schneider. Während ihm die allermeisten Ausbildungsinhalte bisher doch eher leicht von der Hand gingen, waren die Übungen im Wasser die bisher größte Herausforderung. Denn im zweiten Ausbildungsjahr müssen die künftigen Polizisten auch in Klamotten schwimmen. „Das wird interessant“, so Schneider.

Während der Einheiten im Gelände tragen die Anwärter meistens Vollmontur, Helm inklusive. Die Übungen sind alltagsnah: Formationen, Hausdurchsuchungen oder Personenschutz. Die zusätzlichen Kilos stellen die Azubis dabei vor immer neue Herausforderungen.

Sachsen stellt weiterhin jährlich 700 neue Polizeianwärter ein.

Rico Anton
Innenpolitischer Sprecher



Ohne Theorie geht es auch bei der Polizei nicht. Deshalb gehört es zu jeder Ausbildung dazu, regelmäßig die Schulbank zu drücken





An den Polizeifachschulen wie hier in Chemnitz werden Sachsens künftige Polizeibeamte ausgebildet. Die Grundausbildung ist für alle gleich

BÜFFELN FÜR DEN EINSATZ

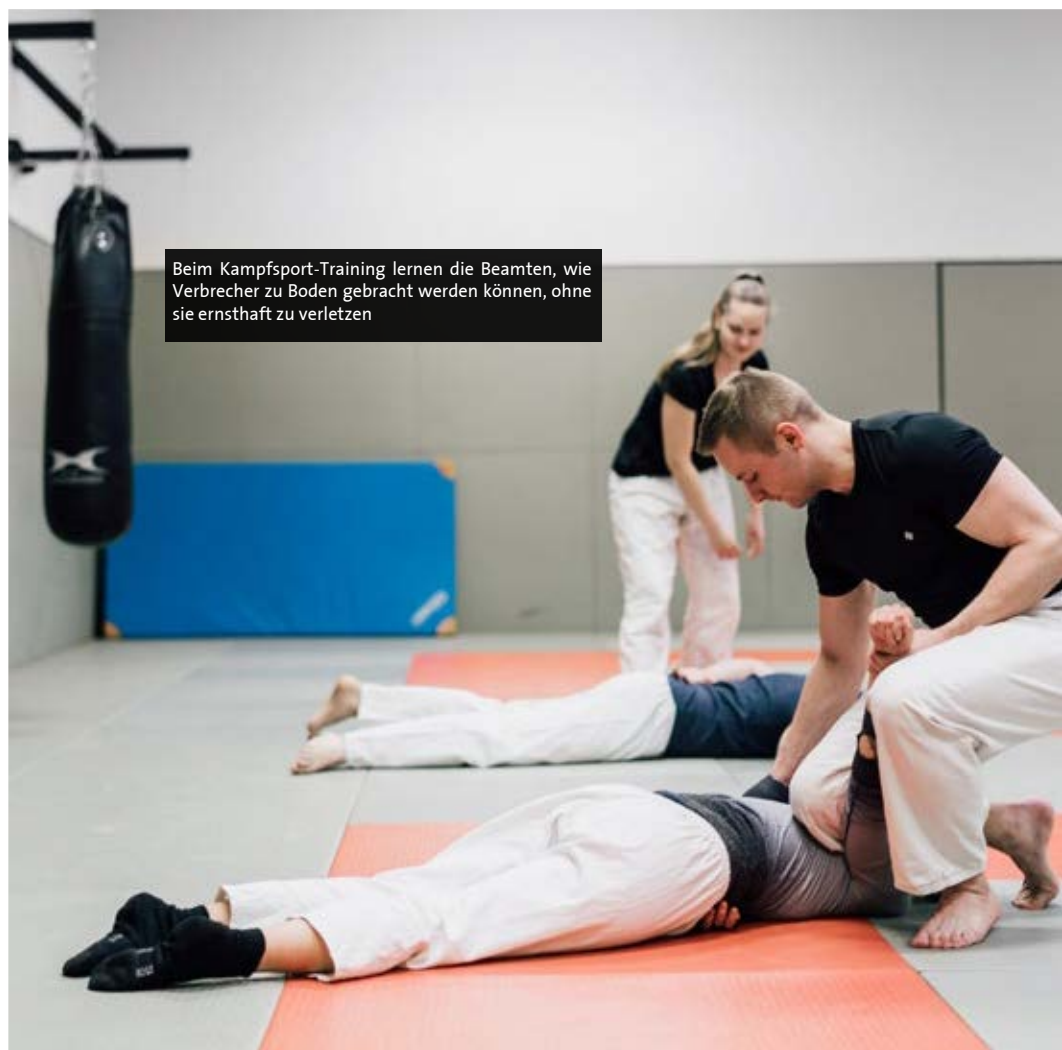
Zu jeder Ausbildung gehört es auch dazu, die Schulbank zu drücken. So hat neben den klassischen Fächern wie Englisch oder Deutsch auch das Fach Berufsethik einen Platz auf dem Stundenplan der jungen Beamten. Einen besonders großen Teil nimmt allerdings die juristische Ausbildung in Anspruch. Fast die Hälfte des Theorieunterrichts im ersten Lehrjahr wälzen die künftigen Polizisten Gesetzestexte.

„Wir müssen natürlich ganz genau wissen, was wir dürfen und was nicht“, erzählt Schneider. Polizisten müssen ihre eigenen Rechte mindestens genauso gut kennen wie die der Bürger. Auf dem Programm stehen Zivil-, Straf- und Dienstrecht, aber auch Unterrichtsstunden zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. „Jedem Polizisten muss klar sein, dass er ein Grundrecht verletzt, wenn er in eine Wohnung eindringt. Daher muss man in solchen Fällen besonders sensibel reagieren“, meint der 26-Jährige.

Er persönlich findet den Bereich Verkehrsrecht besonders spannend. „Hier lernen wir viele Dinge, die wirklich greifbar sind. Andere Rechtsbereiche sind meistens sehr theoretisch und schaffen das Fundament für den späteren Polizeialltag. Verkehrsrecht aber kann ich schon jetzt in meinem Alltag immer und überall beobachten, hinterfragen und auch versuchen, mein bereits erlerntes Wissen im Kopf anzuwenden.“

Sport, Sport und nochmal Sport. Schließlich ist es für Sachsens Polizeibeamte von morgen unerlässlich, körperlich topfit zu sein





Beim Kampfsport-Training lernen die Beamten, wie Verbrecher zu Boden gebracht werden können, ohne sie ernsthaft zu verletzen

SCHWITZEN FÜR DEN EINSATZ

Und schon wieder Sport. Diesmal auf dem Programm: Selbstverteidigung. Als Polizisten müssen sie später auf jede noch so schwierige Situation eingerichtet sein – keine Eventualitäten dürfen außer Acht gelassen werden.

Der Unterricht findet im Judoraum statt. Es geht allerdings um mehr als den Kampf. „Für die Praxis wäre es nicht wirklich sinnvoll, sich auf einen bestimmten Stil zu spezialisieren“, so Schneider. Stattdessen lernen die Auszubildenden aus jeder Kampfsportart etwas, um optimal auf den Einsatz vorbereitet zu sein. Denn: Die Sicherheit der Beamten hat in jedem Einsatz höchste Priorität. Aber es werden auch Techniken gelernt, wie Verbrecher zu Boden gebracht werden können, ohne sie ernsthaft zu verletzen.

Die Ausbildung ist ein ganz schön volles Programm. Warum Denny Schneider diese ganzen Strapazen trotzdem auf sich nimmt? „Es war einfach immer mein Traumberuf.“ Der Mittzwanziger lebe gern in Deutschland und das sei seine Art, seinem Land zu dienen und das Grundgesetz zu schützen.



Die Flut im Sommer 2013 traf Sachsen erneut tief ins Mark. Nach tagelangen Regenfällen traten vielerorts die Flüsse über die Ufer. Mehrere tausend Wohnhäuser nahmen erheblichen Schaden



Viele Dörfer und Gemeinden im Freistaat waren nur noch per Boot erreichbar. Doch auch dieser Einsatz lief nicht ohne Probleme – immer wieder standen Mauern oder Verkehrszeichen im Weg

Während des Hochwassers vor sechs Jahren war Paul Müller einer der unzähligen freiwilligen Helfer. Für die Wasserwacht war der junge Mann damals insgesamt anderthalb Wochen unterwegs

FLUTHELFER

GEMEINSAM

SIND WIR STARK

Nach der Jahrhundertflut 2002 traf das Hochwasser im Sommer 2013 in Sachsen erneut tief ins Mark. Nach tagelangen Regenfällen traten vielerorts die Flüsse über die Ufer. Im ganzen Freistaat haben rund 13.000 Wohnhäuser teils erheblichen Schaden genommen, viele Dörfer waren nur noch per Boot erreichbar.

Paul Müller war damals einer der unzähligen freiwilligen Helfer. Der junge Mann engagiert sich seit vielen Jahren schon ehrenamtlich bei der Wasserwacht des DRK Dresden.

Dass er beim Hochwasser half, war für ihn selbstverständlich. 2002 war sein Elternhaus selbst von den Überschwemmungen betroffen gewesen, 2013 kam seine Familie glücklicherweise glimpflich davon. Auch sein damaliger Arbeitgeber spielte mit und stellte Müller frei. Zunächst war er mit der Wasserwacht in seiner Heimatstadt in Dresden unterwegs. Doch schon bald ging es weiter nach Boberschen – eine kleine Gemeinde in der Nähe von Riesa. Nicht mehr als 700 Menschen leben dort. Bei diesem Einsatz ist auch das Foto entstanden.

„Die Ortschaft war zu großen Teilen überflutet“, erinnert sich Müller. An eine Versorgung der Anwohner per Auto war gar nicht zu denken. Aber auch für die Boote von THW, Feuerwehr oder Bundeswehr gab es damals kein Durchkommen. Sie waren einfach zu groß. „Nur mit unserem Schlauchboot hatten wir eine Chance“, erklärt Müller. Doch auch dieser Einsatz lief nicht ohne Probleme – immer wieder standen Mauern oder Verkehrszeichen im Weg. Für Müller und seine Mannschaft hieß es dann: raus aus dem Boot, das Gefährt über das Hindernis schieben und weiterfahren. Ein anstrengender, aber notwendiger Job sei das gewesen, denn das kleine Dorf konnte nicht evakuiert werden. Folglich mussten die Anwohner versorgt werden.

Insgesamt anderthalb Wochen war Paul Müller für die Wasserwacht unterwegs. „Ohne die Hilfe der vielen Freiwilligen wäre die Katastrophe viel größer geworden“, sagt der Riesaer CDU-Abgeordnete Geert W. Mackenroth und betont: „Heute sind die Flutschäden größtenteils wieder beseitigt. Aber wir tun gut daran, den Flutschutz weiter auszubauen. Ich setze mich am ‚Runden Tisch Hochwasser‘ dafür ein.“



Christian Hartmann war von 1991 bis 2009 Polizist und kennt den Einsatz der Beamten aus eigener Erfahrung. Danach ging er als Abgeordneter aus Langebrück in den Sächsischen Landtag. Seit 2018 ist er dort Fraktionsvorsitzender der CDU

SO VIEL STAAT WIE NÖTIG. SO VIEL FREIHEIT WIE MÖGLICH!

Ein Gespräch mit Christian Hartmann, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages, über Sicherheit, Veränderung und die digitale Welt.

Warum ist für die CDU Sicherheit so ein wichtiges Thema?

Hartmann: „Weil sie die Voraussetzung für alles ist! Dabei verstehen wir Sicherheit aber in einem umfassenderen Sinn. Sicherheit ist auch, das berechtigte Gefühl zu haben, dass Regeln und Grundwerte eingehalten werden. Zum Beispiel bei den Eigentumsrechten. Jeder Unternehmer muss die Rechtssicherheit haben, dass sein Eigentum, in das er investiert hat, vor unberechtigtem Zugriff geschützt ist. Keiner investiert guten Gewissens in einem Land, in dem er befürchten muss, enteignet zu werden. Gleiches gilt, wenn Eigentum beschädigt oder zerstört wird. Wer will in so einem Land oder einer solchen Region leben? Natürlich niemand. Deshalb ist Sicherheit in seinem umfassenden Verständnis einer der zentralen Standortfaktoren – auch im globalen Wettbewerb.“

Sicherheit ist die Mutter aller Dinge?

„Es ist die originäre Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen! Schauen wir uns den klassischen Staatsbegriff an, er setzt sich zusammen aus: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Dann ergibt sich als erste Aufgabe des Staates, dass die Sicherheit seiner Bürger nach innen wie auch nach außen gewährleistet wird. Es ist die Grundlage für den Rechtsfrieden! Der Staat schützt das Zusammenleben von Menschen und gewährleistet, dass sie in einem Gebiet sicher leben können, sich an Regeln halten und ihre Ansprüche durchgesetzt werden.“

Und das reicht am Ende?

„Nein. Eines der sichersten Länder ist Nordkorea. Ich glaube nicht, dass das für die Mehrheit der Deutschen ein erstrebenswerter Lebensmittelpunkt wäre. Sicherheit allein ist also nichts



– aber eine Grundlage! Auf ihr baut alles andere auf. Und in einer demokratischen Gesellschaft paart sich die Frage nach der Sicherheit automatisch mit dem Begriff Freiheit.“

Freiheit und Sicherheit. Ist das nicht immer wieder ein Konflikt?

„Das ist der Spannungsbogen, der automatisch entsteht, wenn wir über Sicherheit reden. Es geht um das Entfaltungsrecht des Einzelnen und die Rechte anderer. Das unterscheidet die Demokratie vom Anarchismus. Hier geht es nicht, dass jeder nach seinen eigenen Regeln lebt. Sondern wir haben Leitplanken, zwischen denen man sich bewegen und frei entfalten kann. Aber das findet dort seine Grenzen, wo ich die Rechte anderer beschränke oder verletze. Freiheit und Sicherheit müssen also in Balance gehalten werden. Nur so kann Gesellschaft funktionieren.“

Warum wollen Sie nicht eine Gesellschaft, die nur auf Freiheit basiert?

„Da es nur die Freiheit des Einzelnen meint, stellt sich die Frage, wie sich das Zusammenleben vieler Individuen regeln lässt. Wo bleibt da der Schutz der Schwächeren, die in ihren Rechten beschnitten werden könnten? Individuelle Freiheit ohne Sicherheit kann es nicht geben, weil sie sonst beliebig eingeschränkt oder verletzt werden kann. Ein Leben in permanenter Angst wäre die Folge. Es wird immer den Spannungsbogen zwischen Freiheit und Sicherheit geben. Unsere Aufgabe ist es, einen vernünftigen Ausgleich zu suchen.“

Wie viel Staat will die CDU?

„Es gilt der Grundsatz: So viel Staat wie nötig und nicht wie möglich. Wir wollen den Menschen ihren Freiraum geben. Das unterscheidet die CDU von den Grünen. Wir wollen Räume schaffen, in denen sich Menschen möglichst frei entfalten können. Die Politik der Grünen ist hingegen auch heute noch stark von Belehrungen und

Verboten geprägt. Ich glaube nicht, dass eine solche Politik langfristig erfolgreich sein kann. Gesellschaftlicher Wandel funktioniert nicht über Sanktionen, vielmehr braucht es Alternativen und Anreize.“

Wie hat sich in den letzten Jahren das Bewusstsein für Sicherheit verändert?

„Wir sind seit 2015 in einer anderen Situation, wenn ich über die Gefahren des internationalen Terrorismus, Amok-Lagen und die gestiegenen Gewaltbereitschaft – vor allem in verbaler Hinsicht – in unserer Gesellschaft rede. Dann brauchen auch die sächsischen Polizistinnen und Polizisten Instrumente, um auf solche Situationen zu reagieren. Dabei dienen neue Befugnisse nicht nur der Kriminalitätsbekämpfung. Die Body-Cam ist beispielsweise in erster Linie für den besseren Schutz unserer Einsatzkräfte gedacht.“

Führt uns das am Ende nicht zu einem Polizeistaat?

„Nein, die Polizei kann nur auf Grundlage von Gesetzen agieren. Nur wenn der Polizist die gesetzliche Ermächtigung hat, kann er handeln. Wenn die Polizei also in einer Amok-Lage ein Handy auslesen muss, braucht sie die rechtlichen Befugnisse dafür. Deshalb müssen solche schwerwiegenden Eingriffe unter Richtervorbehalt gestellt werden. Richtig ist auch: Bei der Anwendung dieser Befugnisse ist darauf zu achten, dass es keinen Missbrauch gibt.“

Wie hat sich das Sicherheitsgefühl in den letzten Jahren verändert?

„Wir hatten vor ein paar Jahren eine höhere subjektive Sicherheit, die sich auch objektiv in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik widerspiegelte. Ende der 2000er-Jahre zeigten sich deutschlandweit in allen Deliktbereichen rückläufige Zahlen. Und die Innenpolitiker waren der Meinung, dieser Trend setze sich fort, die Einsatzbelastungen für die Polizei würden sinken, es gäbe weniger Gewaltpotenzial und durch den Geburtenrückgang weniger potenziell kriminelle Menschen. Man hatte deshalb das Personal reduziert...“

Weil man es nicht brauchte?

„...weil man das Gefühl hatte, es nicht zu brauchen! Und es waren zu dieser Zeit auch rationale Überlegungen. Vor zehn Jahren hat niemand gesagt, er möchte mehr Polizei sehen, weil er sich unsicher fühlt. Aber die Welt hat sich verändert. Wir sind nicht in den Zeiten des ewigen Glücks angekommen und alle Menschen sind hilfreich, edel und gut. Wir leben heute in einer Welt mit ganz anderen Spannungen und Kriminalitätsstrukturen. Globalisierung und Digitalisierung führen auch zu mehr Risiken. Cyberkriminalität und international organisierte Banden sind nur zwei Beispiele.“

Was hat Digitalisierung damit zu tun?

„Wir müssen uns völlig neu mit der Bedeutung des Internets auseinandersetzen. Ich glaube, manche haben einen sehr romantischen Blick drauf und sehen das Internet als Raum grenzenloser individueller Freiheit. Dabei ist es das ganz und gar nicht! Vielmehr ist es ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft – mit Regeln und Normen. Und diese werden oft genug gebrochen, um sie für kriminelle Zwecke zu missbrauchen. Im World Wide Web gibt es alles – sogar Beschaffungskriminalität. Deshalb müssen wir Sicherheit auch digital denken.“

Wie schaut das aus?

„Wir müssen einen besseren Schutz im Internet schaffen. Nicht nur vor Hackerangriffen. Wenn ich erlebe, wie viel verbales Gewaltpotenzial sich im Netz entlädt, braucht es mehr Kontrollmechanismen. Wir leben heute in zwei Welten: der virtuellen und der realen Welt. Sie gehören mittlerweile beide für uns zur Lebenswirklichkeit. Wenn mich jemand auf der Straße wüst beschimpft, ist das eine Straftat, die geahndet werden kann. Im Internet müssen die gleichen Regeln gelten. Auch hier müssen wir die Einhaltung der Regeln besser durchsetzen können.“

Die erste Aufgabe des Staates ist, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen.

Christian Hartmann

Fraktionsvorsitzender, CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages

HELFER IN DER NOT

Martin Rienecker hat im Herbst 2016 seine Ausbildung zum Notfallsanitäter bei den Maltesern in Dresden begonnen. Er mag den Kontakt zu Menschen, auch wenn es schwierige Situationen gibt



An seinem Job bei den Maltesern mag Martin Rienecker besonders den direkten Kontakt mit Menschen. Gleichzeitig wünscht er sich eine bessere Anerkennung seines Berufs



Alexander Dierks Sozialpolitischer Sprecher

Jeder, der einmal einen Rettungswagen brauchte, war dankbar für die zügige und kompetente Hilfe des medizinischen Personals. In der Bevölkerung ist es oft nicht bewusst, welcher hoch anspruchsvollen Tätigkeit die Notfallsanitäter nachgehen. Umso unverständlicher ist es, dass die Helfer vielfach in ihrer Arbeit behindert werden oder ihnen keine Wertschätzung entgegengebracht wird. Jeder von uns kann der Nächste sein, der ihre Hilfe benötigt. Deshalb ist klar: Wer Helfer angreift oder behindert, hat mit empfindlichen Strafen zu rechnen.

Berufswunsch Notfallsanitäter – wie ist es dazu gekommen?

Mein Interesse hat erst in der Oberstufe begonnen. Ich hatte keine Lust auf ein Studium und deshalb habe ich mich nach meinem Abitur für diesen Beruf entschieden. Jemand aus meiner Fußballmannschaft hat mir damals von seinen Erfahrungen erzählt und ich war begeistert. Jetzt bin ich fast schon am Ende der Ausbildung und möchte noch ein Fernstudium anschließen.

Was ist das Besondere an dem Beruf?

Er ist interessant, weil er immer gebraucht wird. Menschen werden schließlich immer krank oder brauchen Hilfe – leider. Außerdem ist es ein Beruf, der sich immer weiterentwickelt und bei dem man nie auslernt. Kein Einsatz ist wie der andere. Ich finde es spannend, auf Arbeit zu kommen und nicht zu wissen, was heute passieren wird. Außerdem mag ich es, mit Menschen zu arbeiten. Diese sind einem trotz ihres Leidens sehr dankbar. Einmal gab es einen Einsatz, bei dem wir eine ältere Dame abgeholt haben, die angeblich stumm war. Ich habe mich um sie gekümmert und während der Fahrt hat sie nach meiner Hand gegriffen. Als wir sie dem Krankenhaus übergeben haben, sagte sie mit fester Stimme: „Vielen Dank!“ zu mir. In solchen Situationen geht einem schon das Herz auf.

Was wünschen Sie sich in Zukunft von und für Ihren Beruf?

Ich wünsche mir eine bessere gesellschaftliche Anerkennung. Viele wissen gar nicht, was wir alles können und wie komplex unser Beruf ist. Häufig verstehen sie leider auch nicht, dass wir für Notfälle da sind. Deshalb werden wir manchmal auch ohne Grund gerufen, weil der Rücken schon seit zwei Monaten weh tut oder wegen eines Schnupfens. Wenn sich das ein bisschen ändern würde, wäre ich sehr zufrieden.

VERLÄSSLICHE LEBENSRETTERIN

Inge Haynk ist seit Mitte der 90er-Jahre Blutspenderin beim DRK. Ende dieses Jahres hofft sie, die 60. Blutspende ihres Lebens abzugeben. Angefangen hat sie damals aus ganz persönlichen Gründen.

Wie sind Sie zum Blutspenden gekommen?

Das war Mitte der 90er – ein naher Familienangehöriger war schwer erkrankt. Es wurden damals sehr viele Blutspenden benötigt und da habe ich das erste Mal gespendet. Sein Leben konnte schließlich gerettet werden. Danach dachte ich mir, dass man nicht nur einem Verwandten mit so einer Spende helfen kann, sondern auch vielen anderen Menschen. Seitdem bin ich regelmäßig spenden gegangen.

Warum sind Sie bis heute dabei geblieben?

In allererster Linie geht es mir darum, Leben zu retten. Aber natürlich kann man mit einer Spende auch Leben erhalten. Blut ist eine Substanz, die nicht künstlich hergestellt werden kann. Deshalb ist und bleibt es weiterhin notwendig, dass Menschen spenden. Blut wird beispielsweise bei Operationen gebraucht. Auch steht man durch das Spenden unter ständiger Überwachung. Ich bekomme dadurch eine regelmäßige Übersicht zu gesundheitlichen Werten, die ich sonst nicht bekommen würde. Wenn man nicht so oft zum Arzt geht, hilft es einem also auch weiter.

Haben Sie Wünsche für das Blutspenden?

Ich finde es schade, dass viele junge Menschen heute gar nicht mehr die Gelegenheit oder die Zeit haben, um regelmäßig Blut spenden zu gehen. Aber auch in Zukunft brauchen wir diese Freiwilligkeit. Daher finde ich es gut, dass das Thema schon in der Schule thematisiert wird oder es Tage der offenen Tür gibt. Solche Veranstaltungen sollten noch viel öfter stattfinden. Ich wünsche mir also, dass mehr junge Menschen regelmäßig spenden.

Oliver Wehner Gesundheitspolitischer Sprecher

Im Rahmen meiner Tätigkeit beim DRK wird mir immer wieder aufs Neue deutlich, wie wichtig Blutspenden sind. Sei es bei der Versorgung nach einem Motorradunfall oder bei der Geburt. Leider spendet zurzeit nur ein geringer Teil der Bevölkerung Blut. Dabei leistet man damit nicht nur einen gesellschaftlichen Beitrag für unser Gesundheitssystem, sondern tut sich selber auch etwas Gutes. Denn jede Blutspende ist mit einer ärztlichen Untersuchung verbunden und man erhält Informationen zum Blutdruck oder zu verborgenen Krankheiten.





Inge Haynk geht bereits seit den Neunzigern regelmäßig zum Blutspenden. Sie will damit vor allem eines: Leben retten. Sie hofft, dass ihr Zukunft auch noch mehr junge Menschen nacheifern

DIE KIDS VON DER FEUERWEHR

Max, Felix und Leon gehören zur Freiwilligen Feuerwehr in Steinpleis bei Zwickau. Schon im Alter von acht Jahren lernen die drei Jungs, was es bedeutet, anderen zu helfen. Immer an ihrer Seite: Berufsfeuerwehrmann Torsten Horn.

Was lernen die Jungs bei der Feuerwehr?

Unsere Jugend bekommt die ersten Grundlagen beigebracht: Wie reagiere ich im Ernstfall und was bedeutet erste Hilfe? Außerdem lernen sie bei uns den Umgang mit den Schläuchen. Dabei zeigen wir den Kindern, wie man ein Feuer löscht, und üben es danach immer wieder. Wir zeigen ihnen im Grunde alles, was zum Feuerwehralltag dazugehört. Das begeistert sie natürlich.

Gibt es Höhepunkte im Ausbildungsalltag?

Auf jeden Fall! Wir nehmen jedes Jahr an Wettkämpfen teil. Dort können die Kinder dann ihr Wissen unter Beweis stellen und sich mit anderen messen. Beim sogenannten Löschangriff geht es beispielsweise um die Schnelligkeit beim Löschen. Ein weiterer Höhepunkt sind die Zeltlager, die wir ein bis zwei Mal im Jahr veranstalten. Das ist für die Kinder, aber auch für uns Betreuer immer ein besonderes Erlebnis.

Wie lange sind die drei schon bei Ihnen?

Max ist am längsten dabei – er kam 2017 zu uns. Felix stieß im letzten Jahr dazu. Und Leon ist noch ganz frisch. Ich bin selbst seit 25 Jahren bei der Feuerwehr und freue mich immer über neue Menschen, die sich für unsere Arbeit interessieren. Zehn Jahre lang war ich in Berlin, aber schon seit 1994 bin ich in der Jugendarbeit tätig. Und es macht immer noch Spaß.

Kerstin Nikolaus CDU-Innenpolitikerin



Ich bin selbst Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Hartmannsdorf. Die Jugendfeuerwehr spielt eine ganz wichtige Rolle zur Nachwuchsgewinnung. Die Jugendliche sind dabei von großer Bedeutung. Sie führen die Kinder an den Dienst in einer aktiven Abteilung heran. Das Ziel ist, dass sie dort nahtlos weitermachen können. Viel geholfen hat, dass Kinderfeuerwehren gegründet werden können. Außerdem haben wir im Landtag für jedes Mitglied einer Jugendfeuerwehr eine Pauschale von 20 Euro pro Jahr beschlossen. Das hilft bei der Arbeit vor Ort.



(v.l.n.r.) Felix, Max und Leon lernen schon mit acht Jahren, was es heißt, anderen zu helfen. Berufsfeuerwehrmann Torsten Horn begleitet sie dabei



EIN POLITIKER IN HELFER-UNIFORM

Jan Löffler sitzt seit zehn Jahren für die CDU im Sächsischen Landtag. Neben seinem Job als Politiker nimmt sich der Mittdreißiger noch Zeit für ein Ehrenamt. Das ist Familientradition in vierter Generation. Löfflers Vater weckte seine Begeisterung dafür.

Mehr als sieben Tonnen wiegt der Löschzug. Das ganze schwere Gerät ist hinten verstaut. Wenn die Feuerwehr ausrückt, haben die Kameraden alles an Bord: Leiter, Schläuche, Atemmasken und vieles mehr. Bei den Einsätzen oft mit dabei ist auch Jan Löffler. Neben seinem Job als Politiker nimmt sich der 37-Jährige noch Zeit für ein Ehrenamt. Löffler engagiert sich seit Jahren schon bei der Freiwilligen Feuerwehr in Neukirchen/Pleiße – eine kleine 4000-Seelen-Gemeinde in der Nähe von Zwickau. Beides habe seinen Reiz, erzählt er, die Arbeit als Landtagsabgeordneter und feuerwehrpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion genauso wie das Feuerwehrmann-Sein.

Für Löffler ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er sich einbringt, denn hier ist er aufgewachsen und auch zur Schule gegangen. „Du tust was für die Gesellschaft“, beschreibt er seine Motivation. 31 Einsätze gab es im vergangenen Jahr – das heißt: gut alle zwei Wochen müssen er und seine Kameraden ausrücken. Was ihn bei diesen Einsätzen erwartet, weiß vorher niemand – Überschwemmungen, Autounfälle, Stürme. Damit alles reibungslos funktioniert, wird regelmäßig der Ernstfall geprobt. Drei Dutzend Aktive gibt es in Neukirchen/Pleiße, sagt Löffler. Doch nicht immer sind alle verfügbar.

Um Nachwuchs kämpfen inzwischen alle Freiwilligen-Organisationen, nicht nur die Feuerwehr. Der Freistaat kann dabei allerdings nur bedingt helfen. „Feuerwehr ist Sache der Kommunen“, erklärt Löffler. Dennoch sucht man in Sachsen nach passenden Unterstützungsmöglichkeiten. Im Herbst des vergangenen Jahres brachte die CDU im Landtag deshalb nicht nur eine Gesetzesnovelle für den Brandschutzrettungsdienst auf den Weg, sondern stellte auch Investitionen in Höhe von 200 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre bereit, beispielsweise für neue Fahrzeugtechnik.

Einen Zuschuss gibt es auch beim Erwerb von Lkw-Führerscheinen. Und für jeden aktiven Kameraden zahlt der Freistaat den Freiwilligen Feuerwehren im Land Sachsen eine Pauschale von jeweils 50 Euro. In Neukirchen/Pleiße wurden von dem Geld neue Regenjacken angeschafft, sagt Löffler. Der feuerwehrpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag sieht in den Neuerungen auch ein wichtiges Signal ans Ehrenamt: „Die von uns geforderte unbürokratische Umsetzung der Feuerwehropauschale an die Einsatzkräfte ist ein richtiger Schritt!“





Für sein Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr tauscht der Abgeordnete Jan Löffler Anzug gegen Uniform. Das hat in seiner Familie Tradition

Europaweiter Notruf

Die Notrufnummer 112 wurde 2008 europaweit vereinheitlicht. Seitdem kann sie von jedem Festnetz- und Mobiltelefon überall in der EU kostenlos angerufen werden. Wer die Nummer wählt, erreicht die Leitstellen von Polizei, Rettungsdienst oder Feuerwehr. Diese sollen in der Lage sein, Notrufe in verschiedenen Sprachen zu bearbeiten.

EIN BÜRGERMEISTER GEHT NEUE WEGE

Uwe Rumberg aus Freital will einen kriminalpräventiven Rat in seiner Stadt. Er berichtet von der geplanten Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt, Schulen und Vereinen

Direkt vor den Toren Dresdens liegt Freital. Rund 40.000 Menschen leben hier. Es ist eine Stadt, die wächst und von der Nähe zur Dresdner Metropole profitiert. „Freital ist sehr friedlich und wir haben hier eine geringe Kriminalität“, sagt Oberbürgermeister Uwe Rumberg. Und der CDU-Politiker möchte, dass dies so bleibt.

Die Entwicklung in den Großstädten macht ihm Sorgen. Rumberg: „Ich lebe nach dem Grundsatz: Wehret den Anfängen. Es ist besser, etwas präventiv zu unternehmen!“ Deshalb hat er nicht eine Sekunde gezögert, als der CDU-Landtagsabgeordnete und sächsische Innenminister Roland Wöllner 2019 zum Jahr der Kriminalprävention in den Kommunen machte. „Wir wollten gleich von Anfang an dabei sein“, so Rumberg.

Denn nach Ansicht von Experten lässt sich bei der Kriminalitätsbekämpfung mit guter Vernetzung noch mehr erreichen. Wöllner: „Sicherheit ist keine alleinige Aufgabe des Staates. Dort, wo alle Akteure vor Ort eng verzahnt zusammenarbeiten, entsteht ein deutliches Mehr an Sicherheit.“ Kriminalpräventive Räte sollen die Leute an einen Tisch bringen. Gemeinsam mit der Polizei nehmen sie in den einzelnen Kommunen die Analyse der konkreten Sicherheitslage vor und führen auf deren Basis eine Diskussion mit den Bürgern. In Dresden und Leipzig zum Beispiel gibt es sie schon länger. Freital hat jetzt als eine von zehn Kommunen in Sachsen auch so ein Gremium im Visier.



Uwe Rumberg ist seit August 2015 Oberbürgermeister der großen Kreisstadt Freital. Der CDU-Politiker will künftig mit einem kriminalpräventiven Rat für mehr Sicherheit in seiner Stadt sorgen



Rumberg: „Der Rat wird sich bei uns aus Polizei, Ordnungsamt, Schulen, Vereinen und Kirchen zusammensetzen. Wir versuchen alle Lebensbereiche abzubilden und alle Vertreter bringen ihre Erfahrung mit hinein.“ Freital hat zum Beispiel keine offene Drogenszene. „Aber wir wissen, dass Drogen auch in unserer Stadt allgegenwärtig sind“, so Rumberg. Er machte sich mit seinem Team im vergangenen Jahr deshalb für einen Aufenthalt des „Revolution Train“ stark. Das ist ein multimedialer mobiler Zug, der in interaktiver Form eine ganz neue Auffassung der primären Prävention für Jugendliche ermöglicht. „Das kam super an“, sagt Freitals Oberbürgermeister.

„Wir wollen die kommunale Präventionsarbeit vor Ort wirksam unterstützen“, erklärt CDU-Innenexperte Rico Anton. „Denn die Städte und Gemeinden wissen selbst sehr genau, was bei ihnen vor der Haustür passiert und welche Maßnahmen in der Vorbeugung wirklich helfen. Das fördern wir mit insgesamt 2,6 Mio. Euro in den kommenden beiden Jahren.“

Doch die restlichen 411 sächsischen Gemeinden haben noch keine kriminalpräventiven Räte. Dieses Potenzial will man in Sachsen nun stärker auszunutzen. Deshalb fand am 6. Februar im Chemnitzer Stadion ein Kongress mit allen Oberbürgermeistern und Landräten statt. Es ging um die Gründung einer „Allianz Sichere

In den Kommunen entsteht das Sicherheitsgefühl der Bürger.

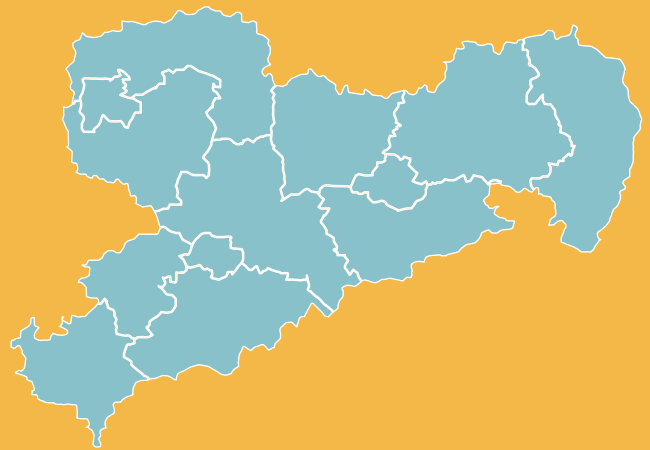
Roland Wöller,
Innenminister & CDU-Abgeordneter





Sächsische Kommunen“, kurz: ASSKomm. „Wir wollen überall kriminalpräventive Räte einrichten, wo sie noch nicht existieren“, sagt Wöller. Am Ende soll ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, der wie ein Baukastensystem funktioniert.

Die konkreten Entscheidungen, was davon umgesetzt wird, bleibt allerdings den Kommunen vorbehalten. Das Land unterstützt sie mit Beratung und Fördermitteln. „Gemeinsame Prävention von Kommunen und Freistaat wirkt und schafft ein Mehr an Sicherheit für die Menschen in Sachsen“, sagt Wöller, der seinen Wahlkreis auch in Freital hat und deshalb die Lage vor Ort sehr gut kennt. Und Oberbürgermeister Rumberg betont: „Wir machen die Stadt gemeinsam sicherer, das haben die Bürger verdient. Uns als CDU ist diese Sicherheit für alle sehr wichtig, dafür machen wir uns stark!“



Sicherheit beginnt vor Ort

Die Polizei ist zunächst der wichtigste Garant für die Sicherheit der Bürger. Aber sie ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei kommt Kommunen eine maßgebliche Rolle zu. Besonders die Diskrepanz zwischen dem Sicherheitsgefühl und der tatsächlichen Lage macht deutlich, dass in Sachsens Kommunen als sozialen Aktionsräumen viel früher angesetzt werden muss, um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Prävention ist keine zusätzliche Aufgabe, sondern ein Ansatz, der uns hilft, bedarfsorientiert neue Sicherheitsstrategien auf lokaler Ebene zu entwickeln. Damit der soziale Zusammenhalt einerseits und die gesellschaftliche Teilhabe andererseits, aber vor allem die individuelle Zufriedenheit gefördert werden. Mit der „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (ASSKomm) sollen jetzt neue Impulse gesetzt werden, um gemeinsam mit Kommunen, Freistaat und Gesellschaft die Prävention vor Ort voranzutreiben. Mit ASSKomm sollen sämtliche bestehende oder noch zu entwickelnde Bausteine zu einem Baukastensystem für kommunale Prävention zusammengeführt werden, aus welchem sich die Kommunen je nach individueller Bedarfslage bedienen können. Prävention muss daher Chefsache in der Kommune sein. Deswegen erging der Aufruf an die Gemeinden und Landkreise „Kommunale Präventionsräte“ einzurichten.

Diese handliche Kamera hilft Polizisten u.a. im Streifeneinsatz brenzliche Situationen zu dokumentieren und damit Beweise zu sichern



BODYCAMS FÜR DIE POLIZEI

AB JETZT

WIRD

GEFILMT

Immer öfter werden Polizisten beleidigt, angepöbelt und sogar angegriffen. Jetzt soll die sogenannte Bodycam helfen, Beamte im Einsatz vor Übergriffen zu schützen. Diese kleine Kamera können Polizisten an der Schutzweste tragen und bei Bedarf anschalten. Der Täter wird gefilmt, die Beweise werden gesichert. Aber meistens schreckt schon die ausgeschaltete Kamera mögliche Straftäter vor Übergriffen ab.

„Das wissen wir aus dem Testeinsatz der Bodycam in Dresden und Leipzig. Damit sie künftig sachsenweit von den Polizisten genutzt werden kann, muss sie mit in das neue Polizeigesetz geschrieben werden. Das verhandelt gerade der Landtag. Die CDU steht für einen starken Staat und will die Bodycam“, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rico Anton aus Oelsnitz/ Erzgebirge.

Deshalb hat er sich mit seinem Falkensteiner Kollegen Sören Voigt jetzt vor einer Expertenanhörung im Landtag zur Bodycam mit Polizisten getroffen. Die Beamten sprachen in Zwickau mit den CDU-Abgeordneten über ihre Alltagserfahrungen im Einsatz und wie ihnen die Bodycam helfen könnte. „Wir machen Politik für die Menschen, also hören wir ihnen zu. Egal ob Landwirte, Lehrer oder wie in diesem Fall Polizisten. Uns ist die ungefilterte Meinung aus der Praxis wichtig“, so Sören Voigt.

Für Rico Anton ist so ein Gespräch mit Betroffenen eine gute Hilfe für politische Entscheidungen. „Wir haben nach dem Treffen

mit den Polizisten noch viele Experten im Landtag angehört. Sie kamen zum Beispiel aus der Wissenschaft und von den Gewerkschaften. Aber die authentische Erfahrung an der Polizei-Basis sollte man sich als Politiker unbedingt anhören.“

„Wir wollen als CDU ein Polizeigesetz schaffen, das am Ende moderne Mittel für den Einsatz ermöglicht, die Polizisten auf der Straße auch brauchen. Sie halten jeden Tag für uns alle ihren Kopf hin. Wir dürfen sie nicht alleine lassen“, sagt Sören Voigt. Er zog sich sogar die Schutzweste mit der Bodycam einmal über und ließ sich von den Beamten zeigen, wie aufgenommen wird.

Am Ende des Gespräches mit den Beamten sagt Rico Anton: „Unsere Polizisten haben ein Recht auf diese Kamera! Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Eigensicherung der Polizisten. Durch die Bodycam geben wir unseren Beamten das richtige Mittel in die Hand, um potenzielle Straftäter abzuschrecken und im Fall der Fälle Beweise zu sichern.“

Übrigens: Unter dem Schlagwort #StarkerStaat diskutiert derzeit die CDU-Fraktion in den sozialen Medien unter anderem den Einsatz der Bodycam mit den Bürgern in Sachsen.



Der Falkensteiner CDU-Abgeordnete Sören Voigt probiert die Schutzweste mit Bodycam, wie sie die Beamten im Einsatz tragen sollen

Die CDU-Abgeordneten Rico Anton (li.) und Sören Voigt lassen sich von Polizisten die Bodycam erklären



HÄFTLINGE BAUEN ZELLENTÜREN

In allen sächsischen Justizvollzugsanstalten fertigen die Gefangenen Grills, Feuerschalen oder bestickte Handtücher, die jeder käuflich erwerben kann. Auch individuelle Auftragsarbeiten gibt es. In Waldheim bauen sie in der Gefängniswerkstatt etwas ganz Besonderes: ausbruchsichere Türen für Gefängnisse





Eine Besonderheit: Die Werkstatt der Waldheimer JVA stellt Haftraumtüren her. Damit werden dann andere Gefängnisse in ganz Deutschland beliefert

Es ist Dienstagmorgen, 6:50 Uhr. Während langsam der Tag anbricht, machen sich in Waldheims Justizvollzugsanstalt schon 30 Männer auf den Weg zur Arbeit. Das Gefängnis liegt inmitten der sächsischen Kleinstadt, eigentlich untypisch für eine solche Einrichtung. Einfamilienhäuser stehen in unmittelbarer Nähe zu der meterhohen Grenzmauer. Doch nur wer genauer hinschaut, erkennt die Stacheldrahtzäune und Sicherheitskameras rund um die Anlage. „Die JVA in Waldheim ist das älteste noch aktive Gefängnis Deutschlands, das noch an seinem Ursprungsort steht. Die Anlage zwischen Dresden und Leipzig war zunächst Burg, dann Augustinerkloster, später Jagdschloss und wurde 1716 unter August dem Starken zum sächsischen Zucht-, Armen- und Waisenhaus“, erklärt CDU-Rechtspolitiker Svend-Gunnar Kirmes aus Grimma.

Heute hat das sächsische Gefängnis Platz für 408 Straftäter, die oft zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind. Nur ein paar Dutzend von ihnen bekommen die Chance, in der haus-eigenen Metallwerkstatt zu arbeiten. „Wir stellen hier alles her, was Sicherheit gewährleistet“, erzählt Jens Leichsenring stolz. Er ist Justizvollzugsbeamter und gelernter Metallbauer. „Wir bauen hier Gitter oder Sicherheitstüren für Fernseher in Gefängnissen, stellen aber genauso Grills oder Feuerkörbe her.“ Verkauft werden die gefertigten Produkte dann auf ganz unterschiedlichen Wegen. Manche Gegenstände können über den sogenannten Gitterladen der JVA im Internet erworben werden. Auch ganz individuelle Aufträge können in der Waldheimer JVA umgesetzt werden. ►

Für viele Insassen ist die Arbeit eine willkommene Abwechslung zum oft tristen Haftalltag. Auch können sie sich so ein bisschen Geld dazuverdienen



Damit es inhaltlich einigermaßen passt, bekommen die Insassen bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz Unterstützung von den Bediensteten der JVA

Besonders stolz ist Leichsenring aber auf die Haftraumtüren. Damit beliefert die Werkstatt heute Justizvollzugsanstalten in ganz Deutschland. „Wir nehmen ganz normal an Ausschreibungen teil, kalkulieren und planen. Unsere Kalkulationen ähneln den von anderen Firmen.“

Wir drücken keine Preise, wie manche Konkurrenten glauben“, fährt Leichsenring fort. Arbeiten müssen die Häftlinge während ihrer Zeit im Gefängnis nicht – sie können aber und die meisten wollen auch. Für viele ist es eine willkommene Abwechslung zum oft tristen Haftalltag. Auch können sich die Insassen so ein bisschen Geld dazuverdienen. „Häftlinge bekommen bei uns eine Grundversorgung. Aber der ein oder andere mag vielleicht Kaffee, liebt Schokolade oder benötigt eine Briefmarke für einen Brief an die Lieben. Das müssen sie sich dann selber kaufen. Dafür benötigen die meisten einen Arbeitsplatz“, erklärt Michaela Tiepner, die in Waldheim für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

Der wohl wichtigste Grund aber ist nicht der Verdienst, sondern die Resozialisierung. Tiepner ist überzeugt davon, dass die Arbeit für die Gefangenen von großer Bedeutung ist. „Sie entwickeln sich fachlich, beruflich und geistig weiter. Es gibt ihnen Struktur und die Arbeitsfähigkeit wird erhalten. Es ist wichtig, dass sie früh aufstehen und arbeiten gehen. Sie können sich auch Urlaub nehmen und zahlen indirekt in die Arbeitslosenversicherung ein.“

Wir bilden die Häftlinge für den Markt draußen aus und haben auch schon ehemalige Gefangene an Firmen nach ihrer Haftzeit vermitteln können.“ Nicht jeder der Häftlinge ist dabei vom Fach. Nur 30 Prozent der Werkstattarbeiter haben schon vorher in dem Bereich gearbeitet, der Rest wurde im Gefängnis angeleitet.

Damit es inhaltlich aber einigermaßen passt, bekommen die Insassen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz Unterstützung. Wenn ein Häftling in die JVA kommt, erhält er Informationen über mögliche Arbeitsplätze. Hat der Gefangene an etwas Interesse und die entsprechende Stelle bietet noch freie Kapazitäten, beginnt er mit einer Probezeit. Dort probieren sowohl die Häftlinge als auch die einzelnen Stationen aus, ob man für die Arbeit geeignet ist. „Es ist hier wie draußen auch. Nicht jeder ist zum Beispiel für das Schweißen geeignet“, weiß Jens Leichsenring.

Die Metallwerkstatt ist dabei nur ein Beispiel. „Wir haben auch eine Druckerei, eine Tischlerei und eine Buchbinderei. Eine Miniaturstadt in der Stadt, diese Beschreibung treffe am ehesten zu, ergänzt der Justizvollzugsbeamte. Die Waldheimer Struktur ähnelt der in anderen sächsischen Justizvollzugsanstalten. Auf der Internetseite des „Gitterladens“ findet man deshalb ein buntes Angebot an Produkten, die von Häftlingen hergestellt wurden. Die Angebotsvielfalt reicht dabei von bestickten Handtüchern aus dem Frauengefängnis in Chemnitz bis zu Holzspielzeug für



Die Insassen bauen Gitter oder Sicherheitstüren, stellen aber genauso Grills oder Feuerkörbe her. Auch ganz individuelle Aufträge werden hier umgesetzt

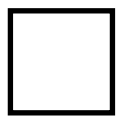
Kinder aus der JVA Torgau. Auch Dienstleistungen erledigen die Häftlinge. So bietet die JVA Dresden eine eigene Kfz-Werkstatt.

Die Politik hat sich in den vergangenen Jahren mehr auf den Vollzug konzentriert. Auch der sächsische Justizminister und CDU-Abgeordnete Sebastian Gemkow ist überzeugt, dass besonders die Werkstätten für die Häftlinge und deren Vollzug wichtig sind. „Oftmals fehlen den Gefangenen wichtige Voraussetzungen, um ihr Leben erfolgreich zu bewältigen. Dazu gehören vor allem auch berufliche Erfahrungen und die damit verbundenen Erfolge. Mit den Arbeitsangeboten in unseren Justizvollzugsanstalten werden die Gefangenen schrittweise an einen geregelten Tagesablauf herangeführt. Sie lernen wieder, sich über einen längeren Zeitraum zu konzentrieren, und erleben sich zunehmend als leistungsfähig. Durch Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung werden die Chancen der Gefangenen erhöht, sich nach der Haft im Arbeitsleben zurechtzufinden. Das ist wichtige Voraussetzung für eine gelingende gesellschaftliche Integration nach der Entlassung“, so Gemkow.

Metallbauer Jens Leichsenring hört zwar nur selten etwas von ehemaligen Häftlingen, sagt aber: „Es ist meistens schon Lob genug, wenn sie mit der JVA nichts mehr zu tun haben.“



Die JVA in Waldheim ist Deutschlands ältestes Gefängnis und hat eine 300-jährige Geschichte. Es wird seit der Inbetriebnahme am 3. April 1716 ununterbrochen als Haftanstalt genutzt. Heute bietet sie Platz für 408 Straftäter. Viele von ihnen sind zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.



MADE



IM



GITTERLADEN



Spielzeug, Räuchermännchen oder ganz praktische Haushaltsgegenstände: Regelmäßig setzen sich die Insassen der Sächsischen Gefängnisse an die Werkbank und bereiten sich so auf das Leben nach der Haft vor. Eine Auswahl von Produkten ihrer Arbeit stellen wir hier vor.

Den Gitterladen finden Sie unter: www.eshop.sachsen.de/gitterladen/



Den **Nistkasten** der JVA Torgau gibt es in verschiedenen Größen. Er besitzt ein abnehmbares Frontteil und besteht aus unbehandeltem Kiefernholz. 9 Euro

Das **Räuchermännchen „Häftling“** beweist eine Menge Humor. Es stellt ein eher untypisches Motiv der Weihnachtsdekoration dar und wird in einer sächsischen JVA auf Wunsch gefertigt.*



Ideal für den Sommer stellt die JVA Waldheim verschiedene **Holzkohlegrills** aus Edelstahl her. Diesen gibt es in verschiedenen Größen. Ab 128,50 Euro



Sebastian Gemkow (40) kommt immer mal wieder ins Gefängnis – allerdings nur zu Dienstterminen. Der Sächsische Staatsminister der Justiz war seit 2009 CDU-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, bevor er 2014 zusätzlich das Ministeramt übernahm. Zuvor arbeitete er als Rechtsanwalt in Leipzig. Zu seinem Ressort gehört auch der Gitterladen mit Produkten aus Sachsens Gefängnissen. Der Erlös kommt dem Staatshaushalt zugute.



Gerade zur Weihnachtszeit ist der ca. 23 cm große **Räuchermann „Koch“** sicher heiß begehrt. Angefertigt wird er in der JVA Zwickau und besteht aus einheimischen Hölzern. 29,85 Euro



Das **Handtuch** mit dem Motiv „Fröhliche Füße“ wird in der Frauenvollzugsanstalt in Chemnitz bestickt. Die aus Baumwolle bestehenden Tücher gibt es in vier verschiedenen Farben. 11,60 Euro



Als Dekoration für das ganze Jahr kann man sich diese **Eule** aus Ton in die Wohnung hängen. Auf Wunsch wird sie in einer sächsischen JVA handgefertigt und bemalt.*



Für **rustikale Lagerfeuerromantik** aus Stahl sorgt der Feuerkorb aus der JVA Torgau. In verschiedenen Größen und mit oder ohne Ascheunterschale ist das Gestell erhältlich. Ab 70,20 Euro



In den sächsischen JVAs werden auch einige **Schneidebretter** gefertigt. Im Gitterladen sind Bretter für Raclette oder Stollen zu finden. Ab 2 Euro*

Als Weihnachtsdeko ist dieser **Holzstern** angefertigt worden. Mit einem Licht ausgestattet, sorgt er für eine gemütliche Stimmung.*



Das **dreiteilige Dekokistenset** wird in der JVA Zeithain hergestellt. Dieses wurde aus Kiefer-/Fichtenholz gefertigt und mit einem Lack und speichel-festem Leinöl behandelt. 15 Euro



Eine ganz besondere Geschenkidee bietet dieses **Dekohäuschen**. Aus Ton gefertigt, kann es als Kerzenhalter oder als Futtergefäß für Vögel genutzt werden.*



* Diese Einzelstücke werden nur auf Bestellung gefertigt.

WAFFENVERBOTSZONE IN LEIPZIG



Im November 2018 trat die Waffenverbotszone rund um die Leipziger Eisenbahnstraße in Kraft. Damit soll das Mitführen „gefährlicher Gegenstände“ eingeschränkt werden. Gemeint sind vor allem Messer, Reizgas und natürlich Schusswaffen. Kurzum, verboten ist alles, was geeignet ist, andere Menschen zu verletzen. Bei Verstößen sieht die Verordnung des Innenministeriums Bußgelder bis zu 10.000 Euro vor.

„Die Waffenverbotszone sorgt in einem Kriminalitätsschwerpunkt unserer Stadt für mehr Sicherheit auf der Straße. Ich finde es richtig, dass wir sie eingeführt haben. Sie wirkt präventiv. Wenn weniger Waffen mitgeführt werden, sinkt auch das Risiko, dass Waffen eingesetzt werden. Die Einführung der Waffenverbotszone ist kein Allheilmittel. Aber sie ist ein Baustein, die Sicherheit für die Bürger im Leipziger Osten zu erhöhen“, so der Leipziger CDU-Wahlkreisabgeordnete Holger Gasse.

Für viele war Bernd Merbitz nicht nur Beamter, sondern eine Institution – das sagen seine Mitstreiter in den städtischen Einrichtungen. Anekdoten kann er unendlich viele erzählen. Auch an der Festnahme des Terroristen Dschaber al-Bakr war er beteiligt

MEIN LEBEN ALS POLIZIST

Bernd Merbitz hat eine lange Polizeikarriere hinter sich und Behörden in unterschiedlicher Größe geleitet. Er war Mordermittler, Soko-Chef, Polizeipräsident. Nun will er in die Politik und kandidiert im Herbst für den Landtag.

Die Spuren vom letzten Angriff sind unübersehbar – an mehreren Stellen ist das Glas gesplittert. Fußballgroße Einschlaglöcher ziehen sich quer über die Eingangsfront. Erst vor wenigen Wochen wurde die Außenstelle der Leipziger Polizei von Unbekannten mit Steinen attackiert. Vor Jahren schon ist an gleicher Stelle ein Streifenwagen komplett ausgebrannt. Das sogenannte Infocenter im Osten Leipzigs wurde bereits 2014 eröffnet und ist seitdem ständig besetzt. Insbesondere das Viertel rund um die Eisenbahnstraße gilt in der Messestadt als Kriminalitätsschwerpunkt.

Immer wieder kommt es hier zu schweren Gewalttaten. 640 wurden in nur einem Jahr gezählt. Um das zu ändern, sollte die Polizei in diesem Stadtbezirk verstärkt Präsenz zeigen, vor allem nachts. Der langjährige Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz hat sich damals für die neue Außenstelle starkgemacht. Auf sein Anraten hin wurde Ende 2018 außerdem eine Waffenverbotszone eingerichtet – das ist ein etwa ein Kilometer langer Abschnitt rund um die Eisenbahnstraße. Verboten ist alles, was geeignet ist, andere zu verletzen: Baseballschläger, Äxte, Hämmer, Beile, Pfeffersprays oder Schreckschusspistolen. Außerdem Schraubendreher, Scheren, Cutter-Messer. Handschuhe mit harten Füllungen dürfen ebenfalls nicht getragen werden. Der Polizei erleichtert es die Arbeit, sie kann in der Waffenverbotszone verdachtsunabhängig kontrollieren. Allein Anfang des Jahres haben die Beamten so mehr als 30 gefährliche Gegenstände sicherstellen können.

Merbitz ist überzeugt vom Erfolg seiner Idee: „Um die Gewalt und das Drogenproblem in den Griff zu bekommen, ist das Modell alternativlos.“ Eine Dauerlösung aber sei es nicht. Die polizeilichen Maßnahmen werden ständig evaluiert und dementsprechend weiterentwickelt. Merbitz wird daran jedoch nur noch bedingt mitwirken können. Anfang des Jahres ging der 62-Jährige in Rente. Von Freizeit aber will der Pensionär nichts wissen.

„Der Kalender ist voll“, erzählt er. Merbitz ist nicht nur neugewählter Präsident des Leipziger Sportclubs DHfK, er tritt auch zur Landtagswahl im Herbst für die CDU an. Doch der Abschied war tränenreich, gibt er zu. Merbitz, Jahrgang 1956, hat eine lange Polizeikarriere hinter sich gebracht.

„Die Polizeiarbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Auf der Eisenbahnstraße ist das besonders spürbar“, so Merbitz. Er kennt das Viertel gut, begann hier einst seinen Polizeidienst. „Probleme mit Gewalt hat es schon immer gegeben. Heute ist der Umgang mit den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen die weitaus größere Herausforderung. In den Anfangsjahren hatten wir davon keine Ahnung und haben deshalb auch viele Fehler gemacht“, so der Ex-Polizist. Daher brauche die Polizei auch dringend mehr Beamte mit Migrationshintergrund. Die reißerischen Berichte über die Eisenbahnstraße teilt er trotzdem nicht und fühlt sich manchmal missverstanden. „Hier leben nicht nur Verbrecher. Die meisten wollen einfach ihre Ruhe haben.“

Polizist mit Leib und Seele

Auch von der Politik habe sich Merbitz nicht immer unterstützt gefühlt. Viele Wege seien zu lang geworden. Er meint vor allem die Diskussionen um das neue Polizeigesetz. „Beim Stellenabbau habe ich dann völlig den Glauben verloren“, sagt Merbitz. „Doch Minis-

terpräsident Michael Kretschmer verstand das Problem schnell und hat den Kurs korrigiert.“ Die sächsische Polizei sei gut ausgebildet und technisch auf einem guten Stand – bei der Bewaffnung genauso wie bei den Fahrzeugen. Dass das auch so bleibt, dafür will sich Merbitz jetzt als Zivilist einsetzen. Er versteht sich als Sprachrohr seiner früheren Beamten und er liebt die Debatte und das Gespräch mit den Bürgern.

Fünf Jahre lang war Merbitz der oberste Polizist im Freistaat. Für viele war er nicht nur Beamter, sondern eine Institution – das sagen seine Mitstreiter in den städtischen Einrichtungen. Anekdoten kann Merbitz unendlich viele erzählen. Auch an der Festnahme des Terroristen Dschaber al-Bakr war er beteiligt. Der Anruf kam mitten in der Nacht: „Herr Merbitz, der ist da.“ Auf das Sondereinsatzkommando oder die GSG 9 habe er jedoch nicht warten wollen und nahm den gesuchten Terroristen – der von zwei Syrern in einer Leipziger Wohnung überwältigt und gefesselt worden war – kurzerhand selbst fest.

Einer Konfrontation ist Merbitz nie aus dem Weg gegangen, obwohl gerade seine Familie immer viel aushalten musste. Seine Frau habe aber am Ende immer wieder zu ihm gesagt: „Wer, wenn nicht du!“

Bernd Merbitz Anfang der 90er im Einsatz bei einer Neonazi-Demo in Dresden



Einsatz gegen Rechtsextremismus

Besonders beschäftigt hat Merbitz seit Beginn seines Polizeidienstes der Rechtsextremismus. Damals, 1992, erlebte er als Abteilungsteilungsleiter beim LKA die schlimmsten Ausschreitungen gegen Asylbewerber. „Hoyerswerda war für mich immer ein Synonym für Fremdenhass.“ Wenn Merbitz über die Ausschreitungen spricht, merkt man ihm an, dass es ihn betroffen macht. „Das, was in den 90ern passiert ist, möchte ich nicht noch einmal haben.“ Nach der drastischen Zunahme fremdenfeindlicher Gewalttaten und Übergriffe in Sachsen hat er 1991 die „Soko Rex“ zur Verfolgung rechtsextremer Strukturen in Ostdeutschland mit ins Leben gerufen. „Eine tolle Truppe. Die hat richtig gut funktioniert“, schwärmt der 62-Jährige.

**Für Deinen
Schutz.
Für meine
Sicherheit.**

**Bodycams dank
neuem Polizeigesetz**

#StarkerStaat www.fürSachsen.de



DISKUTIEREN SIE MIT!



Die CDU/CSU-Fraktionen in Bund und Ländern machen mit einer gemeinsamen Online-Kampagne auf das Thema „Starker Staat“ aufmerksam. Das Ziel ist, mit den Menschen in den sozialen Medien darüber zu diskutieren. Dabei geht es nicht in erster Linie um mehr Stellen bei Polizei und Justiz. Auch der Respekt gegenüber Helfern und Rettungskräften spielt hier eine wichtige Rolle. Zu oft werden diese im Einsatz bepöbelt und sogar angegriffen. „Hier tragen wir alle Verantwortung für die Menschen, die für unsere Sicherheit und unsere Gesundheit tagtäglich im Einsatz sind.

Die Gesellschaft darf sie nicht allein lassen“, sagt Sachsens CDU-Fraktionschef Christian Hartmann. „Am Ende müssen wir uns alle die Frage stellen, in was für einem Land wir leben wollen. Die CDU steht für einen starken Staat, der den Ausgleich zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Sicherheitsinteresse aller herstellt – und darüber reden wir mit den Sachsen.“ Außerdem möchte die CDU-Fraktion auf das neue Polizeigesetz in Sachsen damit aufmerksam machen. Sie können unter den Hashtag #StarkerStaat mitdiskutieren!

Richterin Eva-Maria Ast ist Direktorin des Zwickauer Amtsgerichts. Die Juristin hält beschleunigte Verfahren mit schnellem Urteil bei kleineren Delikten für sinnvoll. Und erklärt, warum sich klare Kante auch bei komplizierten Sachverhalten am Ende auszahlt

Da war die Sache mit der „Malta-Masche“. Eine Gerichtsvollzieherin und eine Rechtspflegerin aus ihrem Gerichtsbezirk, erzählt Eva-Maria Ast, sahen sich auf einmal mit Forderungen von 60 und 130 Millionen US-Dollar konfrontiert. „Und zwar nur, weil sie ihre Arbeit taten“, sagt die Direktorin des Zwickauer Amtsgerichts. Die richtete sich in diesem Fall aber gegen eine bekennende und bekannte Reichsbürgerin. Die Frau hatte schlicht einige Geldstrafen nicht bezahlt – und griff zu einer perfiden Revanche.

Formal funktioniert die „Malta-Masche“ folgendermaßen: Ein Reichsbürger trägt übers Internet im US-Pfandregister UCC eine fiktive Forderung ein, die dort nicht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft wird. Man erfindet praktisch Schulden. Diese werden an ein maltesisches Inkasso-Büro abgetreten; eines der aktivsten in dem Bereich soll von der betroffenen Reichsbürgerin und ihrem damaligen Lebensgefährten selbst gegründet worden sein. Dieses Inkassobüro erwirkt vor einem maltesischen Gericht einen Titel, der innerhalb der EU vollstreckt werden kann. Der Schuldner müsste laut maltesischem Recht binnen 30 Tagen persönlich vor Gericht in Malta auftauchen und widersprechen – was aber praktisch niemand tut.

RICHTERIN EVA-MARIA AST SETZT AUF KONSEQUENZ

KLARE

KANTE

IST BEI

URTEILEN

WICHTIG

**Wir sichern den starken
Rechtsstaat in Sachsen.
Darauf können sich unsere
Bürger verlassen!**



Martin Modschiedler
Rechtspolitischer Sprecher



Eva-Maria Ast ist bereits seit mehr als 25 Jahren im Dienst der sächsischen Justiz. Als Staatsanwältin und Richterin hat sie schon in fast allen Rechtsbereichen gearbeitet



Ihr Arbeitspensum in Stunden zu zählen, hält Ast für äußerst schwierig. Als Chefin des Gerichtes führt sie nicht nur Verhandlungen, sondern ist auch mit Verwaltungs- und Managementaufgaben beschäftigt

In der Regel soll diese Masche der Einschüchterung dienen. Ein solcher Einschüchterungsversuch stellt aber den Tatbestand einer versuchten Nötigung dar. Die, räumt Eva-Maria Ast ein, sei zwar eine „Straftat, die im Strafrahmen nicht sehr hoch aufgehängt“ sei. Gleichwohl nutzte die Gerichtsdirektorin den vorhandenen Strafrahmen – und verurteilte die Reichsbürgerin zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung.

Entscheidend sei in diesem Fall, dass die Masche überhaupt als Straftat angeklagt und verurteilt werde, sagt Eva-Maria Ast. „Klare Signale sind wichtig.“ Seit dem Urteil vor reichlich anderthalb Jahren seien auch die verbalen Übergriffe, die sich gegen Justiz- und Staatsbedienstete richteten, spürbar zurückgegangen. Wie auch die Zahl der Verfahren mit und gegen Reichsbürger insgesamt.

Auf klare Kante und klare Signale setzt man in Zwickau aber auch bei ganz anderen Delikten. Seit September 2018 ist am Amtsgericht Zwickau die Zuständigkeit für die sogenannten beschleunigten Verfahren beim Ermittlungsrichter angesiedelt. „Das hat den praktischen Vorteil, dass ein Kollege und ein Sitzungssaal fast immer und sehr flexibel zur Verfügung stehen“, erklärt die Gerichtsdirektorin. Verhandelt würden auf diesem Wege die „kleinen, schnellen Sachen“, sagt Eva-Maria Ast, also etwa Diebstähle, Unterschlagungen oder kleinere Körperverletzungen und Betäubungsmitteldelikte. Die Besonderheit: Die Beweislage muss klar sein, und es dürfen nur Straftaten verhandelt werden, die mit Geldstrafe oder maximal einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet werden können. Die Vorschriften für das beschleunigte Verfahren sehen u.a. vor, dass zwischen Tat und Urteil höchstens sechs Wochen vergehen sollen. „Das ist genau der richtige Ansatz“, so der

CDU-Rechtspolitiker Martin Modschiedler. „Straftaten müssen konsequent verfolgt und möglichst schnell geahndet werden. Ein solches Handeln hilft den Opfern und kann eine kriminelle Karriere von vornherein stoppen. Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt, Beleidigungen sind keine freie Meinungsäußerung und Angriffe auf Rettungskräfte keine Bagatellen.“

In Zwickau geht es in der Regel schneller – und Eva-Maria Ast, die seit mehr als 25 Jahren im Dienst der sächsischen Justiz steht und sowohl als Staatsanwältin als auch als Richterin schon in fast allen Rechtsbereichen gearbeitet hat, hält das für richtig: „Wer Straftaten begeht, muss schnell Konsequenzen spüren“, sagt sie. Denn dann, hat die Gerichtsdirektorin auch in eigenen Verfahren beobachtet, ließen sich die Delinquenten auch noch öfter von einer Verurteilung beeindrucken. „Wenn zwischen einer Körperverletzung und einem Urteil mehrere Monate oder ein ganzes Jahr liegen, ist das schon seltener“, sagt Eva-Maria Ast. Gleichzeitig legt sie Wert auf die Feststellung, dass diese oft als lang empfundene Zeiträume von der Anzeige bis zum Urteil in Strafverfahren schon dann zustande kommen können, wenn alle Beteiligten von der Polizei über Staatsanwälte, Richter und Verteidiger optimal und schnell arbeiten und keine unvorhergesehenen Hinder-

nisse auftauchen. „Möglicherweise muss man sich hier auch die Strafprozessordnung noch einmal genauer anschauen“, sagt Ast. Denn sowohl aus ihrer eigenen Arbeit als auch der Erfahrung als Abteilungs- und Behördenleiterin kann Eva-Maria Ast ausschließen, dass Abläufe mutwillig in die Länge gezogen werden. „Das Arbeitspensum ist schon beachtlich“, sagt die Gerichtsdirektorin, „unsere Richterkollegen sind in der Regel auf mindestens drei Monate austerminiert“, also ausgelastet. Das Arbeitspensum dabei in Stunden zu zählen, findet die aus Stuttgart stammende Juristin schwierig. Zum einen, weil sie als Chefin des Gerichtes einen großen Teil ihrer Zeit auch mit Verwaltungs- und Managementaufgaben beschäftigt ist. Zum anderen, weil für sie als Richterin – wie auch für ihre Kolleginnen und Kollegen – die Arbeit nicht allein auf formelle Bürozeiten und Verhandlungstermine beschränkt ist. „Im Grunde beschäftigt einen der Beruf fast ständig“, sagt Eva-Maria Ast. Das gelte sowohl für „Ideen und Einfälle“, aber eben auch für Fälle, Verfahren und Ereignisse, mit denen man sich zuweilen physisch in Aktenform oder mitunter auch psychisch noch zu Hause beschäftige. Millionen-Dollar-Forderungen, sagt Eva-Maria Ast und klingt fast ein bisschen amüsiert, seien aber eher selten dabei.

So wirbt das Justizministerium um neue Mitarbeiter

Mehr Personal für die Justiz

„Wir werden dieses und nächstes Jahr 448 Stellen neu schaffen – von Richtern bis zum Strafvollzugsbeamten. Damit reagieren wir auf die Auswirkungen des demografischen Wandels und den Aufgabenzuwachs“, so CDU-Rechtspolitiker Martin Modschiedler. Um die Beamten im Vollzugsdienst besser zu schützen, wird die Sicherheitsausstattung verbessert. „Dafür wollen wir 1,3 Mio. Euro investieren. Davon sollen u.a. Schutzwesten, Schlagschutzhelme und Schutzhandschuhe sowie Paketstrahlungsanlagen gekauft und neue Drogen- und Handyspürhunde angeschafft werden.“



ALLES IM GRIFF

Es gibt immer wieder Situationen, in denen die Polizei viele Beamte gleichzeitig koordinieren muss. Dafür wurde 2015 die neue Einsatzzentrale für Großlagen der Dresdener Polizei in Betrieb genommen. Während des 13. Februars 2019 durften wir einen Blick hineinwerfen.

Kontakt nach außen

Hier sitzt der Polizeiführer. Er ist für den Gesamteinsatz verantwortlich. Nach seinen Vorgaben koordiniert der Führungsstab oft mehrere hundert Beamte gleichzeitig. Das wichtigste Kommunikationsmittel ist dabei noch immer das Funkgerät.

Entscheidungen treffen

In dem Raum sitzt der Führungsstab. Jeder der einzelnen Polizisten hat einen speziellen Aufgabenbereich. Sie setzen die Entscheidungen des Polizeiführers um. Dabei haben sie eigenen Handlungsspielraum, denn bei der Polizei gilt die Auftragstaktik.

Auf einen Blick

Das Flipchart gibt eine grobe Übersicht, welche verschiedenen Veranstaltungen heute anstehen und unter welchem internen Kürzel sie im Protokoll landen. V1 ist heute die Menschenkette, V7 das Stille Gedenken.

Funktionales Equipment

Dieser Raum wird außerhalb von Großsitzungen auch für Besprechungen genutzt. Alle Bildschirme können einfach in den Tischen versenkt werden.

Dokumentation ist Pflicht

Hier kommen Signale von außen an. Alles muss genauestens dokumentiert werden, denn sowohl das Parlament als auch die Bürger dürfen nachfragen, warum welche polizeiliche Maßnahme durchgeführt wurde.

Bewegte Bilder

Auf der großen Videowand können sich alle Beteiligten ein Bild von der Lage vor Ort machen. Oft werden hier Protokolle angezeigt, damit alle Kollegen immer auf dem neuesten Stand sind.



Alles live

Kameras am Einsatzort zeigen ein Bild vom aktuellen Stand – hier: dem Dresdner Altmarkt. Es werden nur Livebilder gezeigt und keine Aufnahmen gespeichert. Außerdem werden die Kameras nach jedem Einsatz wieder entfernt.

Stille Beobachter

Jeder Beamte im Führungsstab hat eine besondere Aufgabe. Auch die Funktionen, die bildlich am Rand des Geschehens teilnehmen, sind wichtig: beispielsweise ein Jurist zur rechtlichen Beratung, Techniker und natürlich die Pressestelle. Hier wird bei größeren Einsätzen auch das Social-media-Team der Polizei Sachsen integriert.

Digitale Helfer

Ein neues Projekt der Polizei Sachsen ist ein interner Messengerdienst. Die mit einem modernen Smartphone ausgerüsteten Beamten können untereinander schnell und unkompliziert wichtige Informationen austauschen. Das ist eine moderne Ergänzung zum Funkgerät.

WIE SCHÜTZEN WIR UNS VOR GAUNERN IM NETZ

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, schreibt über Datensicherheit, Passwörter und Hate Speech

Kaum ein Thema hat Öffentlichkeit und Medien in den vergangenen Jahren so beschäftigt wie die Digitalisierung. Unternehmen wie Apple, Facebook und Google durchdringen unseren Alltag und verdienen Milliarden. Kein Bürger kommt mehr ohne Computer und Smartphone aus. Vieles, was unser persönliches Leben bestimmt – Kontaktdaten, Fotos, Bankdaten, E-Mails, Chats – füllt die Speicherplätze unserer digitalen Helfer.

Aber gibt es eine Garantie dafür, dass niemand unsere persönlichen Daten einsehen kann? Dass es diese Garantie nicht gibt, zeigen die jüngsten Datenskandale. Zuletzt wurde im Januar bekannt, dass ein Hacker aus Hessen persönliche Daten aus dem Netz von Politikern, Prominenten und Journalisten im großen Stil geklaut und veröffentlicht hat. Immer wieder werden Sicherheitslücken bekannt, auf die Schnelle müssen dann Anti-Viren-Software und Passwortänderungen helfen. Die IT-Abteilungen jedes einzelnen Unternehmens haben gut zu tun. Mit Sicherheit sind es Arbeitsbereiche, die auch zukünftig aufstocken werden.

Personell aufstocken müssen auch die Sicherheitsbehörden. Denn sie sind es, die mit den Schattenseiten des Internets konfrontiert werden. Wenn es um Identitätsdiebstahl, Erpressung, Nachstellungen, Cyber-Mobbing, Online-Betrug durch das Verwenden fal-

scher Identitäten, Schadsoftware oder Datenleaks geht, sind sie gefordert. Gerade im Bereich Cybercrime gibt es jedoch ein großes Dunkelfeld, weil viele Straftaten grenzüberschreitend begangen werden. Die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik bildet die tatsächliche Zahl der Straftaten nur unzureichend ab.

Die Politik ist also gefordert, Strategien zur Bekämpfung von Cyberkriminalität zu entwickeln. Die Bundesregierung verabschiedete in dem Zusammenhang im Jahr 2016 eine Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland. Darin bekennt sich die Regierung dazu, Sicherheit, Recht und Freiheit auch im Netz zu gewährleisten. Dazu müssen die verschiedenen Akteure auf Bundes-, Länder-, Kommunen-, Gesellschafts- und Wirtschaftsebene wirksam verzahnt werden. Der Nationale Cyber-Sicherheitsrat, aus Bundesministerien und Ländervertretern bestehend, berät regelmäßig über neue Maßnahmen.

Was muss konkret getan werden? Aus Polizeisicht müssen ausreichend Haushaltsmittel für Personal und Technik bei den Sicherheitsbehörden bereitgestellt werden, um Cyber-Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Bund- und Landespolizeien haben diesen Bedarf erkannt und stellen seit einiger Zeit Cyber-Spezialisten ein, die sich der Bekämpfung von Computer- und Internetkriminalität

widmen. Die Einstellungen decken aber bei Weitem noch nicht den Bedarf. Auch muss an der Bezahlung gearbeitet werden, denn die Konkurrenz aus der Wirtschaft ist nicht zu unterschätzen. Ähnlich wie beim Thema Wohnungseinbruchskriminalität sollten Informations- und Beratungsstellen für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen und ausgebaut werden. Wer sich über Cyberkriminalität informieren will, sollte auch bei den Sicherheitsbehörden entsprechende Ansprechpartner finden. Online-Angebote wie polizei-beratung.de bieten bereits detaillierte Informationen zu Sicherheitsanforderungen im Internet. Wie lege ich sichere Passwörter an, welche Software-Updates sind regelmäßig notwendig, wie erkenne ich suspekten E-Mails. All dies sind Fragen, auf die die Politik Antworten geben muss.

Es geht jedoch nicht nur um die Sicherheit der eigenen Daten, sondern auch um den Schutz vor Hate Speech und Fake News. Immer öfter kommt es in den sozialen Netzwerken vor, dass jemand aufgrund einer Äußerung an den Pranger gestellt wird und einen Shit-Sturm erntet. Beleidigungen, Demütigungen oder Drohungen sind leider an der Tagesordnung. Um dem wirksam zu begegnen, sollten im Netz die gleichen Gesetze und Regeln gelten wie in der Offline-Welt. Manchmal steht dem die Anonymität entgegen, die im Netz nicht selten ist. An dieser Stelle sind dann auch die Anbieter selbst gefragt – Facebook, Twitter oder Instagram dürfen sich da nicht wegducken, sondern sollten mit den Behörden zusammenarbeiten.

Nicht zuletzt sollte es beim Stichwort Digitalisierung und Internet um eine bessere Ausstattung der Polizei selbst gehen. Noch immer arbeitet die Polizei in manchen Regionen Deutschlands mit veralteter Technik. Kompatible Software und gemeinsame Datenbanken von Bund und Ländern sind leider in vielen Be-



„Vernetzte Funkstreifenwagen, digitale Funkgeräte und Bodycams sollten zur Ausstattung jeder Polizeidienststelle gehören.“

reichen noch Zukunftsmusik. Dabei sollten moderne vernetzte Funkstreifenwagen, digitale Funkgeräte mit der Möglichkeit, schnell Daten und Bilder zu übermitteln, Bodycams sowie moderne Hard- und Software zur selbstverständlichen Ausstattung jeder Polizeidienststelle gehören.

Die Angebote der Firmen mit modernster Polizei- und Sicherheitstechnik sind groß – auf jeder Polizeifachmesse wird dies den Kolleginnen und Kollegen deutlich vor Augen geführt. Nur fehlt es am Ende am Willen und Mut des Dienstherrn, hier die richtigen Weichen zu stellen und die Polizei optimal auszustatten. Manchmal hapert es auch an den rechtlichen Schranken. Es stellt sich die Frage, ob jede Datenschutzbestimmung ihre Berechtigung hat und ob diese immer über dem Opferschutz stehen sollte.



Rainer Wendt ist seit 2007
Bundesvorsitzender der Deutschen
Polizeigewerkschaft im
Deutschen Beamtentbund

TAG UND NACHT IM EINSATZ



Unfälle, Planenschlitzer und Alkohol am Steuer – wenn Sachsens Autobahnpolizisten ausrücken, wissen sie nie, was als nächstes passiert. Ein abendlicher Report aus dem Einsatzfahrzeug

Der Polizeibus rauscht durch die Nacht. Innen spiegeln sich die Polizisten in den Scheiben. Sie kennen die A4 wie ihre Westentasche. Noch ist es hier still, nur wenige Autos sind unterwegs. Wie lange es ruhig bleibt, weiß – wie immer – keiner. Jederzeit kann das Team zu einem schweren Unfall gerufen werden.

Der Kampf gegen Planenschlitzer

Wir halten am ersten Rastplatz, die Polizisten steigen aus. Mit Dienstgruppenführer Knabe sind die 55-jährige Ilka Hauschild und der 43-jährige Lars Jäschke unterwegs, um Autobahnraststätten zu kontrollieren. Der Polizeibus ist mit Abspermmittel, Alkomat, Kamera, Laptop und Handy ausgestattet. Doch an diesem Abend brauchen die Polizisten eigentlich nur dicke Handschuhe und eine Taschenlampe. Und Ausdauer.



Ein wichtiges Mittel gegen Planenschlitzer ist die Abschreckung. Deswegen kontrollieren die Beamten regelmäßig in der Nacht auf Parkplätzen die Planen der LKWs – während die Fahrer im Führerhaus schlafen

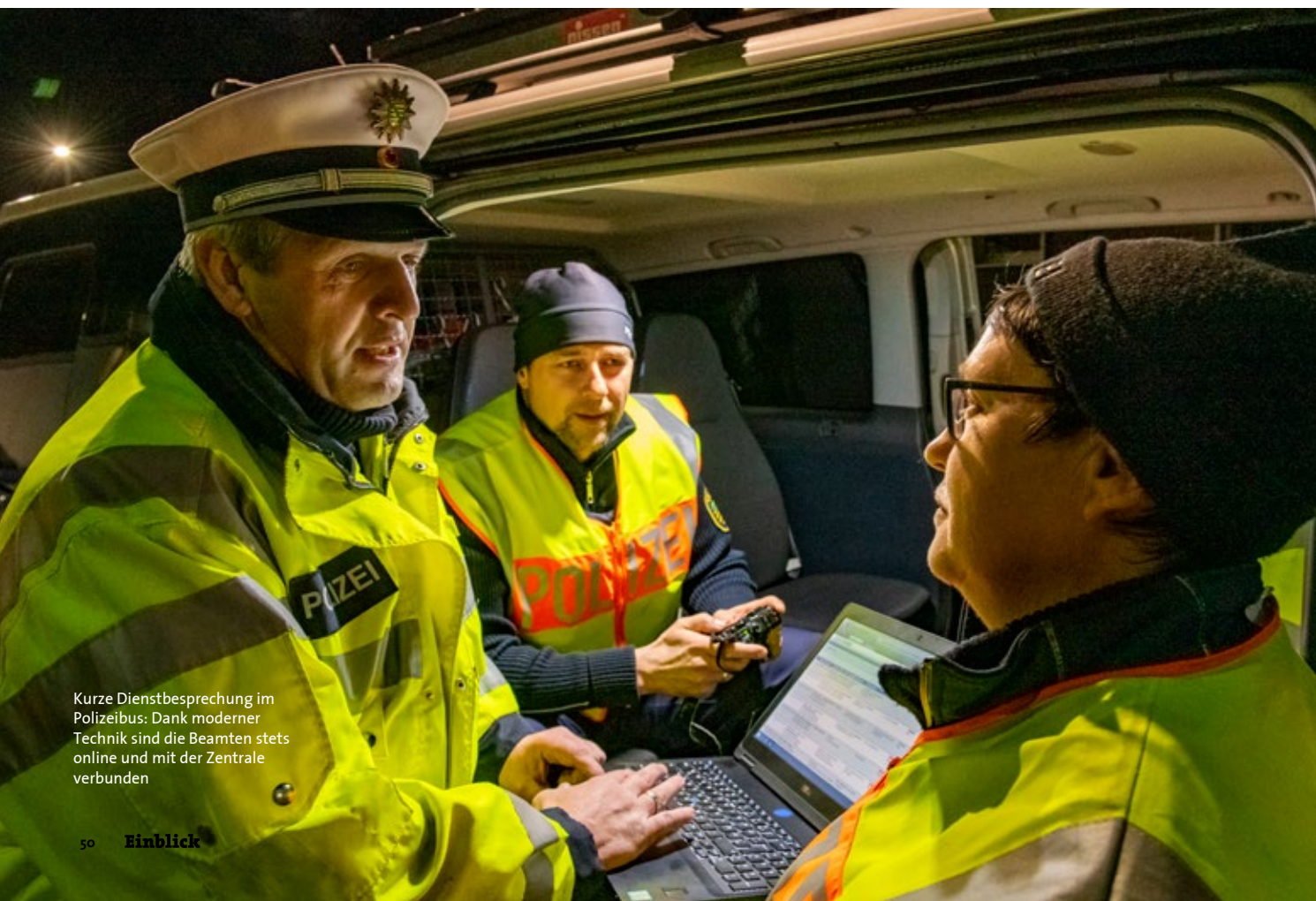
Wir Nachbarn im Chemnitzer Westen fühlen uns wohl mit der Präsenz der Polizei und der benachbarten Feuerwehren. Mögen alle Einsatzkräfte stets gesund heimkehren.



Peter W. Patt
CDU-Wahlkreisabgeordneter aus Chemnitz



Selbst wenn es auf der Autobahn insgesamt sehr ruhig ist, sind die Beamten der Autobahnpolizei unterwegs



Kurze Dienstbesprechung im Polizeibus: Dank moderner Technik sind die Beamten stets online und mit der Zentrale verbunden

Reine Routine: Die Kontrolle parkender LKW erfolgt, wenn die Beamten einen Verdachtsmoment haben



Bei der Parkplatzkontrolle geht es um zwei Dinge: Zu überprüfen, dass die parkenden LKWs nicht die Einfahrt versperren. Und: Präsenz demonstrieren und mögliche Planenschlitzer auf frischer Tat zu stellen.

Es ist stockfinster, der Mond ist hinter einer Wolke verschwunden. Mit der Taschenlampe kontrollieren die drei Beamten, ob in den LKW-Planen frische, also noch offene Schlitze sind. Mit Messern schneiden Diebe immer wieder LKWs auf, um zu sehen, was die Fahrzeuge geladen haben. Elektrowaren wie Fernseher sind besonders beliebt. Der Lichtkegel zeigt: In vielen Planen sind kleine Schlitze geklebt worden, sie waren also schon mal Opfer. Das wirksamste Mittel gegen die Schlitzer ist die Streife – also die Kontrolle, die wir gerade begleiten.

Steigende Verkehrsdichte, mehr Unfälle

„Unsere Verkehrspolizeiinspektion ist rund um die Uhr in Betrieb und die Polizeibeamten sind Tag und Nacht unterwegs. Wer diesen Dienst schon mal selber in Anspruch nehmen musste, weiß von der Zuverlässigkeit unserer Polizei. Der Kontrollbedarf an einer Transit-Autobahn und im Grenzverkehr auf Bundes- und Staatsstraßen ist hoch und bedarf einer enormen Vorausschau“, sagt Peter W. Patt, CDU-Wahlkreisabgeordneter aus Chemnitz. Als Abgeordneter kennt er die Bedarfe von Anwohnern und Transportunternehmern. Er weiß aber auch um die Arbeitssituation und die Nöte der Beamten.

„Unser Bereich ist viel größer geworden, unsere Anfahrtswege länger“, sagt Dienstgruppenführer Thomas Knabe. Der 51-Jährige ist schon kurz vor der Wiedervereinigung Polizist geworden; er weiß, wovon er spricht. Teilweise müssten die Polizisten aus dem Chemnitzer Autobahnpolizeirevier an der Jagdschänkenstraße heute bis nach Borna oder weiter fahren – das bedeutet etwa 45 Minuten Anfahrtsweg. Hinzu kommt die steigende Verkehrsdichte der letzten Jahre. Das habe mehr Unfälle und mehr Schwerverletzte mit sich gebracht. Andererseits ist die Ausstattung deutlich moderner geworden.

„Wir Nachbarn im Chemnitzer Westen fühlen uns wohl mit der Präsenz der Polizei und der benachbarten Feuerwehren. Mögen alle Einsatzkräfte stets gesund heimkehren“, wünscht Patt den Beamten.

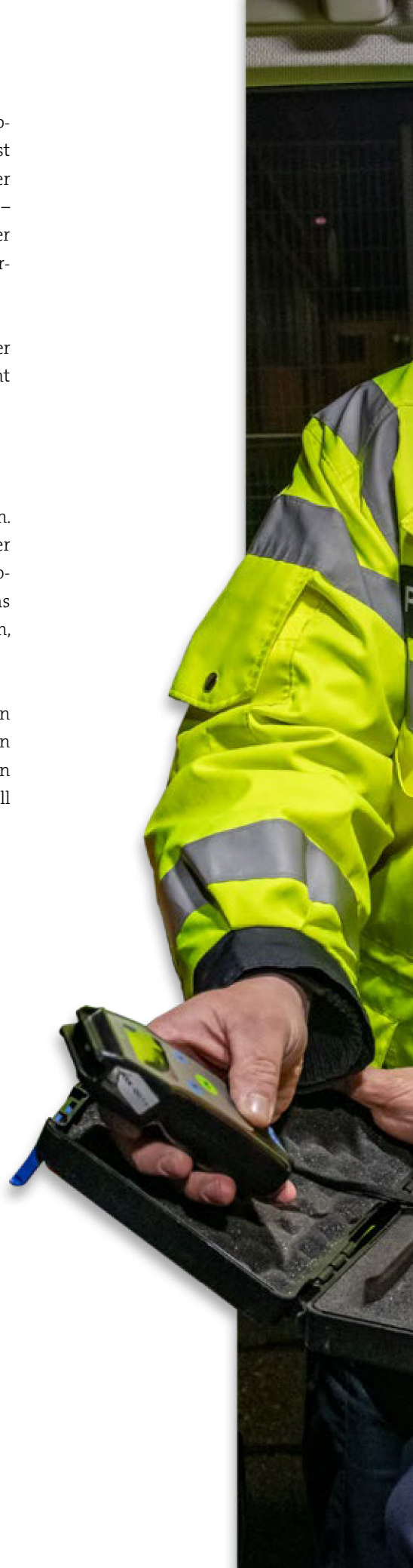
Ein Beruf mit Berufung

Ilka Hauschild lässt den Lichtkegel ihrer Taschenlampe weiter über die LKW-Planen wandern. Wenn sie redet, kondensiert ihr Atem in der Luft, so kalt ist es. Seit 1982 ist Hauschild bei der Polizei, seit 1992 bei der Autobahnpolizei. Davor war sie freiwilliger Helfer bei der Verkehrspolizei der DDR. Verkehr zu regeln, hat ihr schon immer Spaß gemacht. Sie ist sich mit Thomas Knabe einig: Polizist sein, das ist eine Berufung. Tote, Verletzte, schlimme Unfälle zu sehen, gehöre leider dazu.

Ihr Blick ist ernst. Natürlich bedeute das auch psychische Belastung. Doch damit kommen Hauschild und Knabe gut klar. „Wir müssen mit dem Tod als Teil unserer Arbeit umgehen können“, sagt Knabe und zuckt mit den Schultern. Wir gehen zurück zum Auto, steuern die nächste Station an – unerwartete Raser, die Jagd nach Autodieben, ein schwerer Unfall bleiben uns heute erspart.

**Wir müssen mit dem Tod
als Teil unserer Arbeit um-
gehen können.**

Thomas Knabe
Autobahnpolizist





Benimmt sich eine kontrollierte Person auffällig, kommt auch schon mal der Alkomat zum Einsatz

Das Ehepaar Dellner lebt seit einem Jahr im Freitaler Seniorenwohnpark. „Wir fühlen uns hier wohl und sicher“, sagen sie

SICHERHEIT IM ALTER

Die Zahl der Ü85-Jährigen in Sachsen wird in den nächsten zehn Jahren auf mehr als 200.000 steigen – so die Prognose des Statistischen Landesamtes. Eine fraktionsübergreifende Landtagskommission hat sich deshalb beraten, wie die Qualität der Pflege sichergestellt und weiterentwickelt werden kann.

Im Freitaler DRK-Seniorenwohnpark locken die ersten warmen Sonnenstrahlen des Jahres die Bewohner ins Freie – so auch Renate und Klaus Dellner. Das Ehepaar wohnt seit April letzten Jahres hier. „Mein Mann hat eine Pflegestufe, ich laufe nur noch mit dem Rollator sicher. Wir waren mit unserem Eigenheim und dem Grundstück einfach überfordert“, erzählt Renate Dellner. Doch ihre Eigenständigkeit aufzugeben, war keine Alternative für das rüstige Pärchen. Deshalb haben sie sich für die Freitaler Einrichtung entschieden und leben dort in einer eigenen Wohnung.

Wie ihr Mann werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen in Sachsen im eigenen Zuhause versorgt. Diese Zahl legt der Bericht der Enquete-Kommission des Landtages offen, die drei Jahre lang die Qualität in der Pflege älterer Menschen in Sachsen untersuchte. Auf die Initiative des CDU-Abgeordneten Patrick Schreiber wurde sie bei den Koalitionsverhandlungen 2014 ver-

einbart. „Das ist ein Fachgremium, das sich im Landtag mit einem größeren und eng umsteckten Themenfeld beschäftigt. Dass dieses Mal das Thema Pflege auf der Tagesordnung steht, zeigt, wie wichtig es uns ist!“ Es begann mit einer Ist-Stands-Analyse und endet mit der Frage, wo wollen wir zukünftig hin. „Wir haben nach Lösungen gesucht, die künftig in die Landespolitik einfließen werden“, erklärt der Kommissionsvorsitzende Oliver Wehner aus der CDU-Fraktion. Im Januar stellte die Kommission ihre Ergebnisse vor. „Es geht uns um die Frage, wie man die pflegerische Versorgung in Sachsen langfristig verbessern und bezahlbar machen kann.“

Kleinigkeiten erleichtern den Alltag

Um Heime und Krankenhäuser zu entlasten, sollen auch in Zukunft möglichst viele pflegebedürftige Menschen möglichst lange und selbstständig in ihrem gewohnten Umfeld betreut werden. Die eigenen vier Wände nehmen also im Rahmen der pflegerischen Versorgung einen besonderen Stellenwert ein.

Die Wohnung von Familie Dellner im Freitaler Seniorenpark befindet sich im ersten Obergeschoss und kann über den Aufzug – mit Sitzgelegenheit – erreicht werden. Die Zimmertüren in der Wohnung wurden verbreitert und lassen sich auch mit

MELDUNGEN

Kampf gegen Kleinkriminelle

Nach einem Erlass des Generalstaatsanwaltes werden künftig fast alle Strafverfahren im Bereich der Kleinkriminalität vor Gericht verhandelt und nicht wie bisher üblich eingestellt. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags, Martin Modschiedler: „Die Bürger haben den Anspruch, dass Recht und Gesetz zügig und konsequent umgesetzt werden. Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt.“

Landtag beschließt Dürrehilfe

27 Mio. Euro hat der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages als Hilfen für Landwirte freigegeben. „Dieses Hilfsprogramm ist für landwirtschaftliche Unternehmen, die im vergangenen Sommer besonders von der Hitze betroffen waren und erhebliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatten, gedacht. Es darf nicht sein, dass eine Dürre dazu führt, dass sächsische Landwirte in ihrer Existenz bedroht werden“, so Jens Michel, der haushaltspolitische Sprecher der CDU.

Verbotsprüfung der „Identitären“

1500 Euro soll der Terrorist von Christchurch, Neuseeland, der Identitären Bewegung in Österreich gespendet haben. Im März dieses Jahres hatte der Mann zwei Moscheen gestürmt und dabei 50 Menschen erschossen. Laut Medienberichten prüft das österreichische Innenministerium deshalb ein Verbot der Rechtsextremen. Auch nach Sachsen hält die Bewegung Verbindungen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rico Anton, fordert deshalb Konsequenzen. „Ich mahne die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern, genau zu prüfen, welche Netzwerke zwischen der Identitären Bewegung Deutschlands und Österreichs bestehen“.

Neuregelung für politisch Verfolgte

Im März beschloss das Präsidium des Sächsischen Landtags eine Härtefallregelung für Opfer der SED-Regierung. Dazu erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Martin Modschiedler: „Einmalig können bis zu 5000 Euro an Opfer ausgezahlt werden. Möglich sind so Leistungen zur Linderung besonderer Notsituationen, in denen bisher bereitgestellte Hilfen nicht ausreichen.“ Anträge können bis zum 30. Juni eines jeden Jahres gestellt werden.

Gehilfe oder Rollstuhl gut passieren. Im hellen Bad ist eine Dusche ebenerdig eingebaut. Sachsen unterstützt Vermieter dabei, Wohnraum seniorenrechtlich umzubauen. Die Grundförderung von 10.000 Euro umfasst alle Baumaßnahmen zum Erreichen der Schwellenfreiheit, barrierefreie Zugänge und das Verbreitern von Türen. Zusätzlich können Einbruchschutzmaßnahmen, Bewegungsmelder mit Licht und Abstellmöglichkeiten im Haus für Rollatoren bezuschusst werden.

Der Enquete-Kommissionsbericht spricht sich auch dafür aus, dass Pflegebedürftige und pflegende Angehörige in Zukunft finanziell stärker entlastet werden. Denn noch immer stellt Pflegebedürftigkeit in der Familie ein finanzielles Risiko dar: nicht nur für die zu pflegende Person, sondern eben auch für Angehörige, die beruflich kürzer treten müssen, um ein Familienmitglied betreuen zu können. Auch das Ehepaar Dellner spürt das. Eine gesamte Rente muss das Paar monatlich für die Miete ihrer Wohnung im Seniorenwohnpark aufbringen.

Dia-Vorträge, Basteln und Busfahrten

Doch die Investition lohnt sich: Wöchentlich werden im großen Speiseraum des Wohnparks Veranstaltungen angeboten, Dia-Vorträge, Bastelnachmittage und Busausfahrten werden organisiert. Regelmäßig kommt ein Wagen vorgefahren, an dem die Bewohner des Wohnparks Lebensmittel und Hygieneartikel erwerben können. „Wir können noch mit dem Auto in die Stadt fahren, notfalls bringen unsere Kinder mal eine Getränkekiste vorbei“, so Renate Dellner. Doch das Wissen, dass es eine Möglichkeit gäbe, gibt Sicherheit.

Auch Sicherheit für medizinische Notfälle wird gewährleistet. Im Flur von Familie Dellner steht ein Notrufsystem. Per Knopfdruck hat das Ehepaar rund um die Uhr die Verbindung zur Wohnpark-Betreuerin. Klaus Dellner bekommt aufgrund seines Pflegegrades zumindest einen Teil der Kosten für die Bereitstellung des Hausnotrufes erstattet. Außerdem trägt er ein Armband mit einem Notrufsender, sollte er mal allein in der Wohnung sein. Im Fall eines medizinischen Notfalls kann er so schnell und einfach Hilfe rufen. „Ich bin nicht mehr allein verantwortlich, das nimmt mir eine große Last“, sagt Renate Dellner.

Pflege ist ein Indikator, wie unser Familienzusammenhalt in der Gesellschaft funktioniert.

Patrick Schreiber
CDU-Obmann in der Pflege-Kommission



„So wichtig wie Vertrauen in unsere Demokratie, ist Vertrauen in die Innere **Sicherheit.**“

Michael Kretschmer
Ministerpräsident (geb. 1975)

„Was ich anbiete, ist **Sicherheit** und Respekt. Das klingt nicht sehr aufregend, aber vielleicht ist es besser als Leidenschaft.“

Graham Greene
Schriftsteller (1904–1991)

„Wie angenehm und reizend ist die aus dem Bewusstsein vollkommener Eintracht entspringende **Sicherheit!**“

Jean-Jacques Rousseau
Philosoph (1712–1778)

„Letztlich geht es immer um die Abwägung zwischen Freiheit und **Sicherheit.**“

Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages (geb. 1942)

Einblick